

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Energiekrise in Deutschland

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2022) : Energiekrise in Deutschland, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 10, Iss. 3, pp. 68-97

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/264559>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Konjunktur aktuell

3/2022

8. September 2022, 10. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH [S. 68](#)



Energiekrise in Deutschland

Im Spätsommer 2022 ist die Weltwirtschaft im Abschwung. Die US-Notenbank und weitere Zentralbanken haben aufgrund der hohen Inflation mit der Straffung ihrer Geldpolitik begonnen, die chinesische Konjunktur schwächt, und Europa kämpft mit einer Energiekrise. Die deutsche Wirtschaft steht aufgrund der stark steigenden Energiekosten vor einer Rezession. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2022 um 1,1% zunehmen und im Jahr 2023 um 1,4% sinken. Die Verbraucherpreise steigen im Jahr 2022 um 7,9% und im Jahr 2023 um 9,5%.

Konjunktur aktuell: Energiekrise in Deutschland

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Im Spätsommer 2022 ist die Weltwirtschaft im Abschwung. Anhaltend hohe Inflationsraten haben die US-Notenbank und viele weitere Zentralbanken veranlasst, mit einer Straffung ihrer Geldpolitik zu beginnen. Zudem ist seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs Energie knapper und teurer geworden. Europa, wo die versiegenden Gaslieferungen aus Russland nur zu einem kleinen Teil ersetzt werden können, hat mit einer Energiekrise zu kämpfen. Hier dürfte der drastische Anstieg der Importpreise im kommenden Winter insbesondere über den Verlust von Realeinkommen der privaten Haushalte eine Rezession auslösen. Auch in China schwächt die Konjunktur, denn die dortige Null-Covid-Strategie zwingt Teile der Wirtschaft immer wieder in den Lockdown, und eine Immobilienkrise belastet Bau- sektor und Finanzsystem.

Die deutsche Wirtschaft steht vor einer Rezession. Grund ist der enorme Anstieg der Preise für fossile Energieträger. Der Großhandelspreis für Erdgas ist in Europa zurzeit etwa fünfmal so hoch wie vor einem Jahr, und es ist zu erwarten, dass sich die Preise für Importeure und private Haushalte den Großhandelspreisen in den kommenden Monaten an nähern. Das Verarbeitende Gewerbe verliert damit an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Das Gros der Belastung wird aber als Heiz- und Stromkostenerhöhung bei den privaten Haushalten anfallen, auch wenn die Politik versucht, besonders schwer getroffene Bevölkerungsgruppen finanziell zu unterstützen. Die Haushalte werden gezwungen sein, ihre sonstigen Konsumausgaben zu verringern, was einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion zur Folge haben wird. Der Abschwung senkt auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen, zumal die Kosten für Baumaterial und die Zinsen von Immobilienkrediten steigen. Allerdings profitieren Bau- und Ausrüstungsinvestitionen von den vielen Projekten energetischer Sanierung. Die Exporte werden unter dem weltwirtschaftlichen Abschwung und insbesondere unter der ebenfalls zu erwartenden Rezession in den europäischen Partnerländern leiden.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2021 bis 2024

	2021	2022	2023	2024
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	2,6	1,1	-1,4	2,3
darunter: Ostdeutschland ¹	2,3	1,2	-0,9	1,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	1,7	1,6	-1,7	0,6
Tariflöhne je Stunde	1,3	2,4	2,8	3,1
Effektivlöhne je Stunde	1,8	4,1	6,9	3,7
Lohnstückkosten ²	0,7	4,3	6,8	2,0
Verbraucherpreisindex	3,1	7,9	9,5	2,7
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	44 980	45 548	45 697	45 884
Arbeitslose ³	2 613	2 419	2 514	2 477
in %				
Arbeitslosenquote ⁴	5,7	5,3	5,5	5,4
darunter: Ostdeutschland ¹	7,1	6,7	6,9	6,8
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-2,1	-1,1	-1,2
Leistungsbilanzsaldo	7,4	3,0	1,1	1,6

¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ² Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ³ Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ⁴ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH (Stand: 07.09.2022).

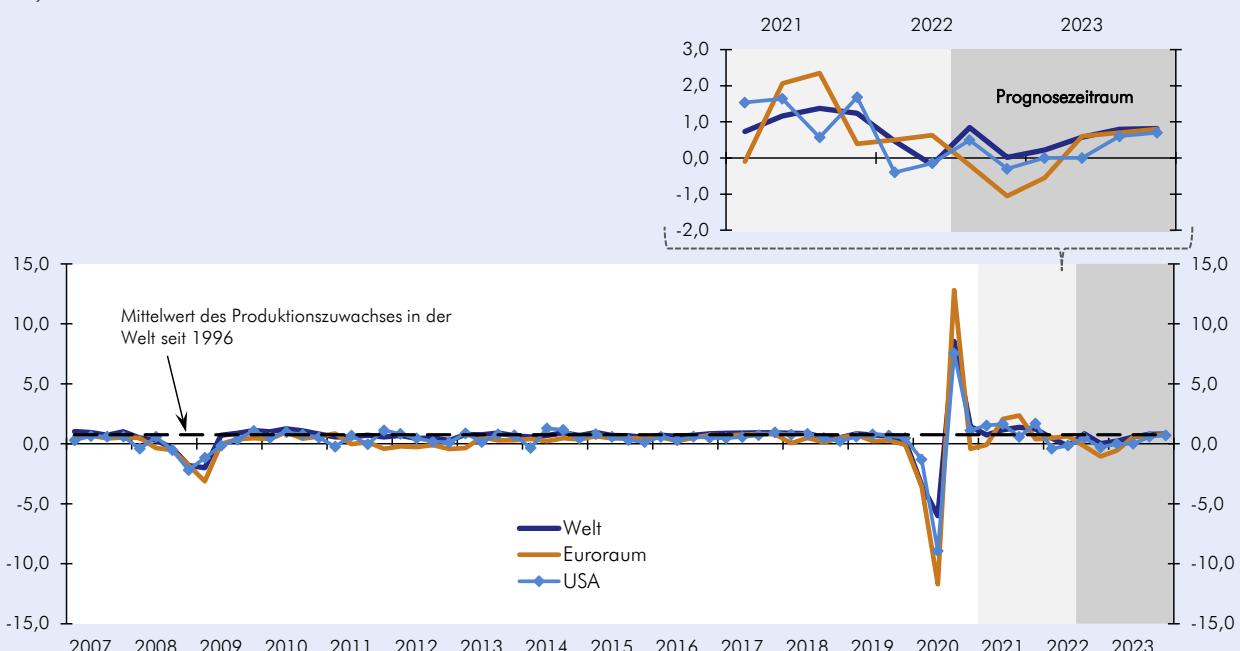
* Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Sardone, Alessandro; Scherer, Jan-Christopher; Schult, Christoph; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Zeddis, Götz.

Weltwirtschaft in der Stagflation

Im Spätsommer 2022 ist die **Weltwirtschaft im Abschwung**. Anhaltend hohe Inflationsraten haben die US-Notenbank und viele weitere Zentralbanken veranlasst, mit einer Straffung ihrer Geldpolitik zu beginnen. Ein Auslöser der Teuerung war, dass die Wirtschaftspolitik auf Beschränkungen des Güterangebots aufgrund der Pandemie weltweit mit massiven Konjunkturpaketen zur Stimulierung der Nachfrage reagiert hatte. Seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs ist Energie knapper und teurer geworden. Europa, wo die versiegenden Gaslieferungen aus Russland nur zu einem kleinen Teil ersetzt werden können, hat mit einer Energiekrise zu kämpfen. Im Euroraum dürfte der drastische Anstieg der Importpreise im kommenden Winter insbesondere über den Verlust von Realeinkommen der privaten Haushalte eine Rezession auslösen. Mit China schwächtelt neben den USA und Europa auch das dritte weltwirtschaftliche Zentrum. Denn zum einen zwingt die strikte Null-Covid-Strategie des Landes immer wieder dazu, wirtschaftliche Aktivitäten durch Lockdowns zu unterbinden, zum anderen schwelt in China eine Immobilienkrise, die Bausektor und Finanzsystem des Landes belastet.

Im zweiten Quartal 2022 ist die weltwirtschaftliche Produktion leicht zurückgegangen (vgl. Abbildung 1). Hauptgrund waren Pandemieausbruch und rigoroser Lockdown in Shanghai, der wichtigsten Wirtschaftsregion Chinas, wo die Produktion in der Folge um 2,6% einbrach. Ebenfalls rückläufig (um 0,2%) war das Bruttoinlandsprodukt in den USA, nach einem Minus von 0,4% zu Jahresbeginn. In der Rezession befindet sich das Land damit aber noch nicht, denn der jüngste Rückgang ging vor allem auf eine Kontraktion der volatilen Lagerinvestitionen zurück, während privater Konsum und Beschäftigung weiter zugenommen haben. Die Wirtschaft im Euroraum hat dagegen noch einmal deutlich, um 0,8%, expandiert, vor allem weil kontaktintensive Dienstleistungen von der Entspannung der Pandemiekrise profitierten.

Abbildung 1
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums
Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2022 und 2023: Schätzung und Prognose des IWH.

Alles in allem ist die Industrieproduktion in der Welt im Frühsommer zwar gesunken, der Welthandel mit Waren hat aber recht deutlich expandiert. Dabei dürfte geholfen haben, dass sich die Lieferketten zuletzt etwas entspannt haben. Darauf deuten gesunkene (wenngleich weiterhin hohe) Frachtraten für Überseetransporte von Containern hin, aber auch Umfragen unter Unternehmen hinsichtlich ihrer Probleme bei der Beschaffung von Vorleistungen.

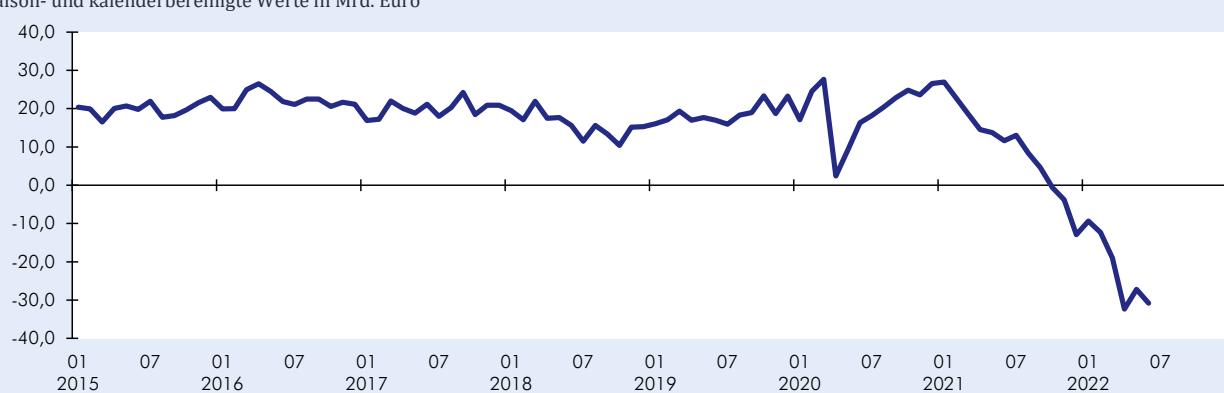
Was sich nicht entspannt hat, ist die **inflationäre Dynamik** in weiten Teilen der Welt. Sogar die über viele Jahre deflationäre Wirtschaft Japans wies zuletzt eine Inflationsrate von 2,6% auf, im Euroraum lagen die Verbraucherpreise im August um 9,1% über Vorjahresniveau, in Großbritannien im Juli um 10,1% und in den USA um 8,5%. Dort

stehen einem Abebben der Inflation die hohen Lohnzuwächse entgegen: Im zweiten Quartal lagen die US-Lohnstückkosten um 9 ½% über Vorjahresniveau. Im Euroraum ist der Lohndruck zwar eher verhalten,¹ die stark steigenden Preise für Gas und Strom werden aber weiter auf die gesamtwirtschaftliche Teuerung durchschlagen.

Die Diskrepanzen zwischen den gegenwärtigen Inflationsraten und den in der Regel bei 2% liegenden Zielraten der Zentralbanken drohen das Vertrauen in die Verlässlichkeit der **Geldpolitik** zu untergraben. Um einen Vertrauensverlust zu verhindern, hat die US-Notenbank ihren Leitzins (Obergrenze) zügig von 0,25% im März auf 2,5% im Juli steigen lassen, in der Folge hat der Außenwert des US-Dollars deutlich zugelegt (gegenüber dem Euro um 12% seit Jahresbeginn). Im Sommer erhöhte auch die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Hauptrefinanzierungssatz von 0% auf 0,5%, und für Anfang September ist mit einem weiteren Zinsschritt, wohl um 0,75 Prozentpunkte, zu rechnen. Die meisten Zentralbanken haben mittlerweile ihre Leitzinsen angehoben, es gibt aber auch Ausnahmen. So ist die Geldpolitik Japans weiter expansiv ausgerichtet und nimmt dabei eine besonders deutliche Abwertung des Yen gegenüber dem Dollar (um 19% seit Jahresanfang) in Kauf, und in China, wo die Inflationsrate wie in Japan noch unter 3% liegt und die Konjunktur schwächelt, wurde ein wichtiger Leitzins zuletzt sogar etwas gesenkt.

Die hohen Inflationsraten und die geldpolitischen Reaktionen haben schon im Frühjahr die Zinsen auf dem **Kapitalmarkt** deutlich steigen lassen, freilich von historisch äußerst niedrigen Niveaus aus. Im Sommer schwankten sie für zehnjährige US-Staatstitel um 3%, für deutsche um 1,5%. Die durch Inflationsängste und Ukraine-Krieg eingetrübten weltwirtschaftlichen Aussichten haben die Aktienkurse, bei recht großen Schwankungen, das Jahr über deutlich sinken lassen, gemessen am MSCI-Welt-Index bis Anfang September um 19%. Auch an den Rohstoffbörsen hat sich der weltwirtschaftliche Abschwung niedergeschlagen: Mit Ausbruch des Ukraine-Kriegs Ende Februar waren die Notierungen für viele Industriemetalle sowie für Energie- und Agrarrohstoffe in die Höhe gesprungen, weil mit Russland und (was Getreide anbelangt) der Ukraine wichtige Anbieter auszufallen drohten. Mittlerweile haben sich die internationalen Rohstoffmärkte beruhigt, und in der Regel sind die Preise für Industriemetalle und auch für Erdöl (mit 96 US-Dollar je Barrel der Sorte Brent Anfang September) nicht mehr höher als am Vorabend des Kriegsausbruchs.

Abbildung 2
Handelsbilanzsaldo des Euroraums
Saison- und kalenderbereinigte Werte in Mrd. Euro



Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH.

Ein Sonderfall ist die **Gasknappheit in der Europäischen Union** und in Großbritannien. Hier stiegen die Großhandelspreise für Erdgas schon seit dem Sommer 2021, als geringe Füllstände der Gaspeicher auffielen. Mit Ausbruch des Ukraine-Kriegs und insbesondere seit Russland im Juni seine Gasausfuhren nach Europa zurückzufahren begann, stiegen die Preise weiter. Die Notierungen liegen gegenwärtig (Anfang September) mit etwa 240 Euro je Megawattstunde mehr als fünfmal so hoch wie vor einem Jahr. Import- und Endverbraucherpreise hinken beträchtlich hinterher, trotzdem zeichnet sich schon jetzt ein erheblicher negativer Schock auf die *Terms of Trade*, die Handelsbilanz, das Verbraucherpreisniveau und auch auf die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Verarbeitenden Gewerbes ab: Erwirtschaftete der Euroraum in dem Normaljahr 2019 (vor der Pandemiekrise) einen Handelsbilanzüberschuss von knapp 20 Mrd. Euro im Monat, so stellte sich im Juni dieses Jahres ein saisonbereinigtes Defizit von 30 Mrd. ein (vgl. Abbil-

¹ Der Tariflohnindex von Eurostat lag für den Euroraum im zweiten Quartal lediglich 2,1% über Vorjahresniveau.

dung 2). Der Unterschied liegt bei etwa 4% relativ zum Bruttoinlandsprodukt des Euroraums. Sofern die Großhandelspreise in nächster Zeit nicht deutlich fallen oder massive Einkommenshilfen vonseiten der Staaten gezahlt werden, ist für die kommenden Quartale mit Verlusten an real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in einer ähnlichen Größenordnung zu rechnen, zumal auch die Strompreise steigen werden, weil für die Versorgung Europas mit Elektrizität erforderlich ist, dass Kraftwerke auch mit teurem Erdgas kostendeckend Strom produzieren können. Die Politik versucht in den meisten europäischen Ländern, die Belastungen der privaten Haushalte durch fiskalische Maßnahmen zu begrenzen, etwa durch Obergrenzen von Gebührenerhöhungen (Frankreich) oder die Senkung von Steuern auf Kraftstoffverbrauch (Frankreich, Deutschland, Italien). Umfang und Zuschnitt der gegenwärtigen Hilfsprogramme werden private Haushalte nicht vor erheblichen Realeinkommenseinbußen bewahren können.

Weil die Hilfsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Pandemie immer weniger ins Gewicht fallen, wirkt die **Finanzpolitik** im Euroraum nach vorliegender Prognose in diesem und im nächsten Jahr insgesamt in etwa neutral. Aus dem gleichen Grund restriktiv ausgerichtet ist sie in beiden Jahren in Großbritannien und in den USA, wo von dem kürzlich im Kongress beschlossenen *Inflation Reduction Act* keine nennenswerten finanzpolitischen Impulse ausgehen.

Die Rahmenbedingungen für die **internationale Konjunktur** sind also alles in allem ungünstig, und entsprechend schwach sind die aus Unternehmensbefragungen gewonnenen Stimmungsindikatoren. Besonders steil sind sie in den vergangenen Monaten im Euroraum, in Mittelosteuropa und Großbritannien gefallen. Hier ist für das Winterhalbjahr mit einem deutlichen Produktionsrückgang zu rechnen. Für einige andere Wirtschaftsräume haben die hohen Rohstoffpreise aber zu einer Verbesserung der *Terms of Trade* geführt, etwa für die USA. Das ist ein wichtiger Grund dafür, dass es dort infolge der scharfen Zinswende zwar zu einem Abschwung, aber zu keiner tiefen Rezession kommen dürfte. Schwach bleibt die Konjunktur in China. Neben den wirtschaftlichen Problemen der Null-Covid-Politik und der Schieflage wichtiger Immobilienunternehmen ist jüngst die Gefährdung der Stromproduktion durch eine anhaltende Dürre gekommen. Schließlich dürfte der schon seit einiger Zeit festere Zugriff des Staates auf unternehmerische Entscheidungen im Digitalsektor die wirtschaftliche Dynamik bremsen. Die russische Wirtschaft wird aufgrund der westlichen Sanktionen in diesem und im kommenden Jahr schrumpfen, sie ist aber offensichtlich in der Lage, die Sanktionen eine längere Zeit über durchzustehen, auch mithilfe engerer Handelsbeziehungen zu China und Indien.

Alles in allem steigt die Weltproduktion nach vorliegender **Prognose** im Jahr 2022 um 2,5%, im Jahr 2023 um 1,7%, und im Jahr 2024 um 3,0% (vgl. Tabelle A1). Der Welthandel mit Gütern expandiert dieses Jahr um 4,0%, für das Jahr 2023 wird ein Zuwachs von 1,5% und für 2024 von 2,9% prognostiziert (vgl. Kasten 1). Die Teuerung wird in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nach und nach abebben, in Europa wird sie aber wegen des zu erwartenden neuerlichen Energiepreisschubs nicht vor dem ersten Quartal 2023 zurückgehen. Und erst im Lauf des Jahres 2024 kommt die Inflation in den USA, im Euroraum und in Großbritannien allmählich wieder in die Nähe der geldpolitischen Zielraten von 2%.

In jedem weltwirtschaftlichen Abschwung sind die **Risiken** erheblich. Einige Schwellenländer wie Sri Lanka und Pakistan wurden von den Anstiegen von Zinsen und Rohstoffpreisen bereits so schwer getroffen, dass sie in diesem Jahr Hilfspakete des Internationalen Währungsfonds in Anspruch nehmen mussten. Aber auch für das G7-Mitglied Italien stellt die gegenwärtige Konstellation ein besonderes Risiko dar: Ein großer Anteil des italienischen Energieverbrauchs entfällt auf Erdgas.² Zudem besteht wegen der hohen Verschuldung des italienischen Staats bei einem deutlichen Zinsanstieg das Risiko einer Staatsschuldenkrise. Beide Faktoren zusammen erklären, dass die Risikoprämie für italienische Staatstitel besonders deutlich gestiegen ist, seit Jahresanfang (gemessen an dem Renditeabstand zehnjähriger Staatstitel zu denen Deutschlands) von einem auf 2,3 Prozentpunkte. Vor allem mit Blick auf den möglichen Ausbruch einer Finanzkrise in Italien hat die EZB im Juli mit ihrem *Transmission Protection Instrument* ihren Spielraum für Eingriffe in die Kapitalmärkte erweitert.

Die Energieversorgung Europas kann im Winter möglicherweise nur über Rationierung von Gas und Strom gesichert werden. Müssen Rationierungen in großem Stil vorgenommen werden, käme es wohl zu einer deutlich schwereren Rezession als sie hier prognostiziert wird. Hoch sind schließlich weiterhin die geopolitischen Risiken. Ein Waffenstillstand in der Ukraine zeichnet sich nicht ab, und eine Ausweitung des Krieges bleibt damit denkbar, ebenso wie eine

² Nach Eurostat-Daten beträgt der Erdgas-Anteil im Jahr 2020 für Italien 31%, für Deutschland 27% und für die EU im Schnitt 22%.

Verschärfung des militärischen Drucks, den China auf Taiwan ausübt, eine Volkswirtschaft, die jene der Ukraine an Bedeutung für die internationalen Lieferketten bei weitem übertrifft.

Kasten 1

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der **Wechselkurs des Euro** gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,00 US-Dollar/Euro. Die **preisliche Wettbewerbsfähigkeit** der deutschen Wirtschaft geht im zweiten Halbjahr 2022 aufgrund der hier deutlich steigenden Energiekosten zurück. Der **Welthandel** (Güter) dürfte im Jahr 2022 um 4%, im folgenden Jahr um 1½% und im Jahr 2024 um knapp 3% zunehmen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die EZB ihren **Hauptrefinanzierungssatz** bis zum Frühjahr 2023 auf 2% anheben wird.

Der **Preis für Erdöl** der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2022 bei 102,70 US-Dollar je Barrel, im Jahr darauf bei 91 Dollar und im Jahr 2024 bei 84 Dollar. Der **Durchschnittspreis für Erdgas**, den private Haushalte zu zahlen haben, steigt von gegenwärtig (Anfang September) etwa 15 Cent je Kilowattstunde auf 30 Cent im Sommer 2023 und bleibt danach konstant. Zu einer Rationierung von Erdgas kommt es nicht.^{K1}

Über den Fortgang der **Pandemie** wird angenommen, dass sie die Wirtschaft in Deutschland in der zweiten Jahreshälfte 2022 und im Jahr 2023 nur noch indirekt über die Effekte von Lockdown-Maßnahmen in China beeinträchtigt.

Für den **Krieg in der Ukraine** ist unterstellt, dass er sich nicht ausweitet, der Konflikt aber im Prognosezeitraum – als militärische Auseinandersetzung oder eingefroren – fortbesteht. Die verhängten Sanktionen bleiben bestehen, zu neuen Flüchtlingswellen kommt es nicht.

Die **Finanzpolitik** ist im Jahr 2022 in etwa konjunktureutral ausgerichtet. Einerseits werden die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie aufgelegten, expansiven finanzpolitischen Maßnahmen, in erster Linie die Unternehmenshilfen, Unterstützungen für den Gesundheitssektor, die Ausweitung monetärer Transfers und die Ausgaben für die Impfkampagne, deutlich zurückgehen. Dem stehen jedoch die im Zuge des Anstiegs der Energiepreise ergriffenen Maßnahmen der Entlastungspakete gegenüber. Zu nennen sind hier insbesondere die Energiepreispauschale, die temporäre Senkung der Energiesteuer, die rückwirkende Erhöhung des Grundfrei- und Arbeitnehmerpauschbetrags bei der Einkommensteuer zum 1. Januar 2022 oder die Einmalzahlungen an Rentner und Studierende. Zudem gehen die temporären Mehrwertsteuersenkungen in der Gastronomie und beim Erdgas für sich genommen mit steuerlichen Mindereinnahmen einher. Auch stellt der Staat Zuschüsse für energieintensiv produzierende Unternehmen bereit. Darüber hinaus werden Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen und in die Landesverteidigung ausgeweitet. Schließlich ergeben sich Mehrausgaben bei den Sozialversicherungen, etwa durch die Einführung der Grundrente und durch die Pflegereform.

Im Jahr 2023 schwenkt die Finanzpolitik nach jetzigem Stand auf einen restriktiven Kurs ein. Zwar wirken dann ein Großteil der Maßnahmen des dritten Entlastungspakets sowie Änderungen bei der Rentenbesteuerung expansiv, und die Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Erdgas wirkt erstmals ganzjährig. Auch dürfte der Staat seine Investitionen in die Landesverteidigung und den Klimaschutz nochmals ausweiten. Ein Großteil der Maßnahmen aus den ersten beiden Entlastungspaketen wird dann aber annahmegemäß entfallen, und die coronabedingten Maßnahmen laufen aus. Zudem werden der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung und der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2023 steigen. Im Jahr 2024 wirken die diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen nach jetzigem Stand erneut leicht restriktiv. Dabei ist unterstellt, dass die Corona-bedingten Maßnahmen bis dahin ausgelaufen sind und weitere Maßnahmen zur Abfederung der derzeit hohen Energiepreise entfallen. Der restriktive Impuls aus finanzpolitischen Maßnahmen beläuft sich im Jahr 2023 auf 0,7% und im Jahr 2024 auf ungefähr 0,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

^{K1} Diese Annahme entspricht der Prognose aus Kalkuhl, M.; Amberg, M.; Bergmann, T.; Knopf, B.; Edelholfer, O.: Gaspreisdeckel, Mehrwertsteuersenkung, Energiepreispauschale – Wie kann die Bevölkerung zielgenau und schnell entlastet werden? [Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change \(MCC\)](#). Arbeitspapier, 29.08.2022.

Rezession in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft steht vor einer Rezession. Grund ist der enorme **Anstieg der Preise für fossile Energieträger**, also Erdöl, Kohle, vor allem aber Erdgas. Der Großhandelspreis für Erdgas ist in Europa zurzeit (bei starken Schwankungen) mit mehr als 200 Euro je Megawattstunde etwa fünfmal so hoch wie vor einem Jahr. Der Preis, den deutsche Importeure für Erdgas zu zahlen hatten, war im Juni dreimal höher als vor Jahresfrist und der Preis für private Haushalte nur um gut die Hälfte. Es ist zu erwarten, dass sich diese Preise mit der Erneuerung alter Lieferverträge den Großhandelspreisen in den kommenden Monaten annähern. Während die Kosten für den Nettoimport von Erdgas nach Deutschland relativ zum Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr etwa 3% betragen, dürften auf die deutsche Volkswirtschaft in diesem und im nächsten Jahr mit dem Erdgas-Preisanstieg Kosten zukommen, welche die der beiden Ölrisiken in den 70er Jahren von etwa 2% relativ zum Bruttoinlandsprodukt eher noch übertreffen. Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes verlieren damit an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, das Gros der Belastung wird aber als Heiz- und Stromkostenerhöhung bei den privaten Haushalten anfallen, auch wenn die Politik versucht, besonders schwer getroffene Bevölkerungsgruppen finanziell zu unterstützen. Die privaten Haushalte werden gezwungen sein, ihre sonstigen Konsumausgaben zu verringern, was einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion zur Folge haben wird.

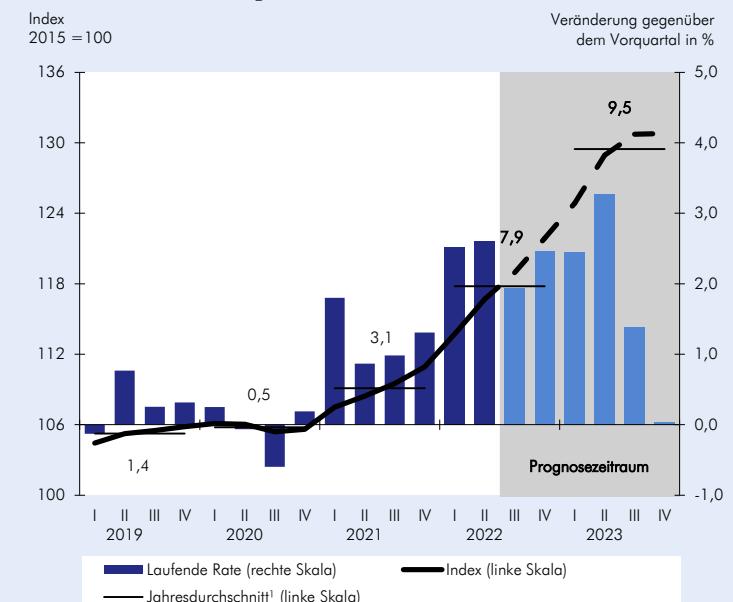
Dabei hat der private Konsum **im zweiten Quartal 2022** noch recht kräftig mit 0,8% expandiert, weshalb Nachfrage und Produktion in Deutschland leicht gestiegen sind. Ein Grund dafür war, dass die Pandemie die Ausgabefreude der Haushalte kaum noch beeinträchtigte. Zudem haben die real verfügbaren Einkommen vor allem dank der guten Arbeitsmarktlage noch einmal zugelegt. Gesunken sind dagegen die Anlageinvestitionen, und zwar aufgrund eines kräftigen Rückgangs beim Bau. Hier spielt wohl eine Rolle, dass die saisonbereinigte Bauproduktion im Vorquartal witterungsbedingt ungewöhnlich hoch ausgefallen war, der wesentliche Grund sind aber die anhaltend hohen Kostensteigerungen: Der Deflator für die Bauinvestitionen lag zuletzt um 18,9% über seinem Vorjahreswert. Die Bauproduktion hat seit Ende 2019, bei einigen Schwankungen, stagniert, und der Immobilienboom hat lediglich in den Baukosten seinen Niederschlag gefunden.

Recht schwach wurden im zweiten Quartal die Exporte ausgeweitet, nicht zuletzt, weil die Nachfrage aus China wegen des Lockdowns in Shanghai sank. Kräftig nahmen dagegen die Importe zu, was wohl wesentlich auf die Erholung des deutschen Tourismus nach Ende der Pandemiebeschränkungen zurückzuführen ist. Im Inland ist dagegen die Wertschöpfung des Wirtschaftszweigs Handel, Verkehr und Gaststätten zurückgegangen (vgl. Tabelle A13). Gleichwohl hat auch beim Handel und in der Gastronomie wie in allen größeren Wirtschaftszweigen mit Ausnahme der Bauwirtschaft die Beschäftigung weiter deutlich expandiert, insgesamt um 0,3%, das Arbeitsvolumen sogar um 0,6%. Allerdings deuten Indikatoren wie das ifo Beschäftigungsbarometer oder die Zahl der gemeldeten offenen Stellen darauf hin, dass sich die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt abschwächt. Der Anstieg der Arbeitslosenquote im Sommer auf 5,6% (August) ist allerdings einem Sondereffekt geschuldet: Viele ukrainische Kriegsflüchtlinge werden nunmehr von der amtlichen Statistik als Arbeitssuchende erfasst.

Die **konjunkturellen Aussichten** sind aufgrund des zu erwartenden Energiepreisschocks trübe. Das sehen auch die Verbraucher so: Indikatoren für die Konsumentenstimmung

Abbildung 3
Verbraucherpreise in Deutschland

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 3. Quartal 2022: Prognose des IWH.

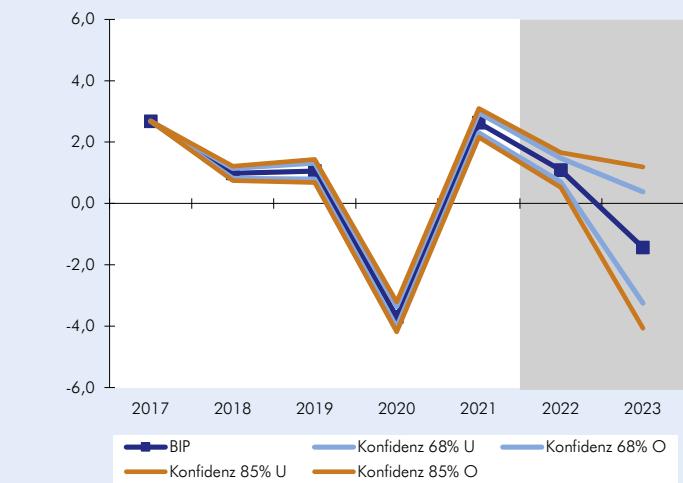
sind auf historischen Tiefstständen.³ Die Verbraucherpreisinflation dürfte, getrieben vor allem vom Anstieg der Gas- und Stromtarife, in den kommenden Monaten weiter steigen und im ersten Quartal 2023 mit 10,5% ihren Höhepunkt erreichen. Erst für den Herbst 2023 ist wieder mit Werten von deutlich unter der 10%-Marke zu rechnen, denn die hohen Energiepreise kommen nur nach und nach auf der Verbraucherstufe an (vgl. Abbildung 3).

In der vorliegenden Prognose ist unterstellt, dass die Entlastungspakete der Bundesregierung die preisinduzierten Realeinkommensverluste nur zu einem geringen Teil kompensieren können. Da neue Tarifverträge nur nach und nach abgeschlossen werden und aufgrund von Arbeitsplatzsorgen diese neuen Abschlüsse nicht allzu hoch ausfallen dürfen, ist mit einem Tarifverdienstanstieg zu rechnen, der bei etwa 3% in diesem und im kommenden Jahr und damit weit unterhalb des Verbraucherpreisanstiegs liegt. Zwar wird der Mindestlohn stark erhöht, und Effektivverdienste steigen aufgrund der immer noch kräftigen Nachfrage nach Arbeitskräften etwas stärker als die Tariflöhne. Trotzdem kommt es zu erheblichen Realeinkommensverlusten, und der private Konsum sinkt im Jahr 2023 nach vorliegender Prognose um reichlich 2,9%. Dabei ist berücksichtigt, dass die Haushalte weniger sparen, um ihren Konsum nicht allzu stark einschränken zu müssen: Ihre Sparquote dürfte im Jahr 2023 mit gut 6% deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt liegen. Der Abschwung wird auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen senken, und weil die Kostenkrise auf dem Bau anhalten dürfte und die Finanzierungskosten aufgrund der geldpolitischen Wende steigen, sind die Bauinvestitionen in der zweiten Jahreshälfte 2022 und im Jahr 2023 deutlich rückläufig. Bau- und Ausrüstungsinvestitionen dürften allerdings von den vielen Projekten energetischer Sanierung profitieren. Die Exporte werden unter dem weltwirtschaftlichen Abschwung und insbesondere unter der ebenfalls zu erwartenden Rezession in den europäischen Partnerländern leiden.

Alles in allem dürfte die Produktion im zweiten Halbjahr 2022 und auch noch im ersten Quartal 2023 zurückgehen. Für das Jahr 2022 ergibt sich noch ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 1,1% (vgl. Tabelle in der Zusammenfassung), für das Jahr 2023 aber ein Rückgang von 1,4%. Für das Jahr 2024 wird ein Zuwachs von 2,3% prognostiziert. Die Kapazitäten sind deutlich unterausgelastet (vgl. Tabelle A8 und Kasten 2). Für das Jahr 2022 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 0,7% bis 1,5%, für 2023 von -3,2% bis 0,4% (vgl. Abbildung 4).⁴

Während sich der Aufbau der Erwerbstätigenzahl deutlich verlangsamt fortsetzt, geht die Arbeitszeit je Beschäftigten im kommenden Winterhalbjahr zurück, und es gibt wieder mehr Kurzarbeit. Die Arbeitslosenquote nach Definition der Bundesagentur für Arbeit liegt im Jahr 2022 bei 5,3%, in den Jahren 2023 und 2024 ist sie mit 5,5% beziehungsweise 5,4% nur wenig höher. Für das Gesamtjahr 2022 ist bei der hier unterstellten Preisentwicklung für Erdgas und Erdöl mit einer Inflationsrate für den Verbraucherpreisindex von 7,9% und für 2023 mit 9,5% zu rechnen. Auch im Jahr 2024 wird die Inflation mit 2,7% wohl noch deutlich über dem Zielwert der EZB liegen. Der Leistungsbilanzsaldo der deutschen Volkswirtschaft sinkt sehr deutlich von 7,4% im Jahr 2021 auf 1,1% im

Abbildung 4
Prognoseunsicherheit¹
Veränderung gegenüber Vorjahr in %



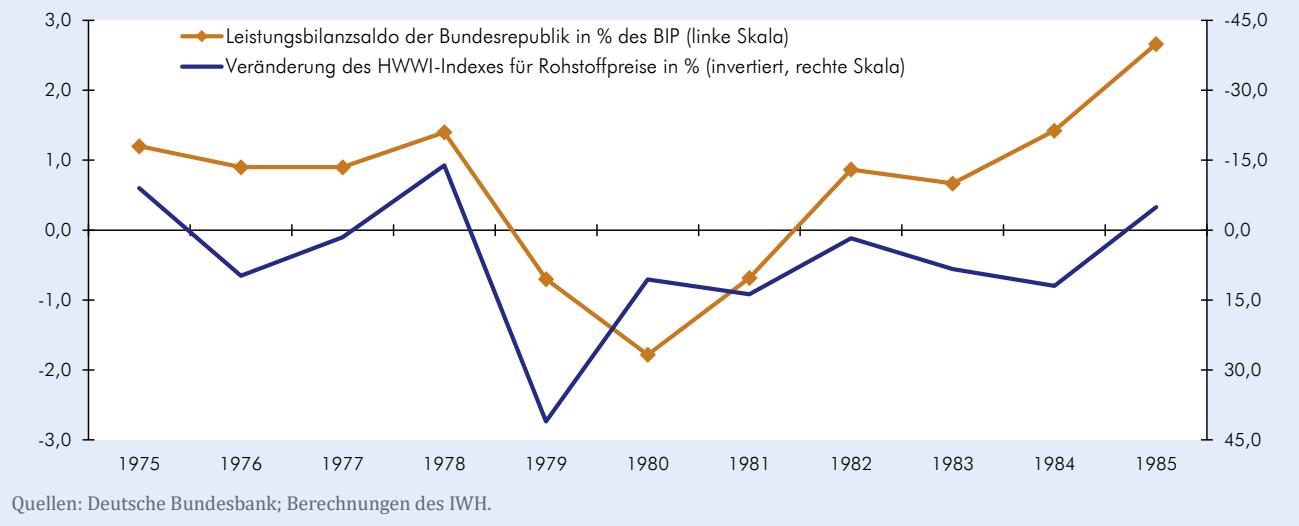
¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken – wie der Coronakrise – ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

³ Ähnlich schlecht war die Konsumentenstimmung laut Stimmungsindikator der Europäischen Kommission im Winter 2002/2003 und im Frühjahr 1993. Beide Male ging die Produktion zeitgleich zurück.

⁴ Das 68%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% – sofern das Basiszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Abbildung 5
Deutscher Leistungsbilanzsaldo zur Zeit der zweiten Ölpreiskrise



Jahr 2023. Dieser Rückgang übertrifft den in der zweiten Ölkrise ab dem Jahr 1979 (vgl. Abbildung 5), als die Kosten des Energieimports ebenfalls stark stiegen.

Kasten 2

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum bis 2027 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,5% (vgl. Tabelle K2).

Tabelle K2

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1996-2021 ²	1996-2021	2021-2027
Produktionspotenzial	1,3	1,2	0,5
Kapitalstock	1,5 (0,5)	1,5 (0,5)	1,0 (0,4)
Solow-Residuum	0,6 (0,6)	0,6 (0,6)	0,5 (0,5)
Arbeitsvolumen	0,2 (0,1)	0,2 (0,1)	-0,4 (-0,3)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0	0,0	0,0
Partizipationsquote	0,5	0,5	0,2
Erwerbsquote	0,2	0,2	-0,1
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5	-0,5	-0,6
Nachrichtlich:			
Arbeitsproduktivität	1,1	1,1	1,0

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Ende September 2021 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten mittelfristigen Bevölkerungsvorausberechnung für die Jahre 2021 bis 2035.^{K2.1} Die darin enthaltenen zwei Szenarien für die Zuwanderung sind darin als Ober- bzw. Untergrenzen der zu erwartenden tatsächlichen Bewegungen beschrieben. Analog zum Vorgehen der Gemeinschaftsdiagnose ^{K2.2} legt diese

K2.1 Vgl. Statistisches Bundesamt: [Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und den Bundesländern nach dem Corona-Jahr 2020 – Erste mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2035](#). Wiesbaden, 2021.

K2.2 Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Krise wird allmählich überwunden – Handeln an geringerem Wachstum ausrichten. [Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2021](#). Halle (Saale), 2021.

Projektion als wahrscheinlichstes Szenario eine Nettozuwanderung zugrunde, die dem Mittelwert der beiden Szenarien entspricht. Demnach würde sie zunächst bis auf 335 000 Personen im Jahr 2023 steigen, bevor sie im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wieder langsam zurückgeht. Die Annahmen in Bezug auf die Migrationsbewegung aus der Ukraine basieren im Wesentlichen ebenso auf Annahmen der Gemeinschaftsdiagnose.^{K2.3} Demzufolge wird unterstellt, dass sich die Zuwanderung bis Ende 2024 unter Berücksichtigung von Rückkehrern und Nachzügen auf 840 000 Personen beläuft. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) ist dabei mit 60% geringer als bei der Gesamtbevölkerung, da ukrainischen Männern im wehrfähigen Alter die Ausreise derzeit untersagt ist und die Gruppe der Flüchtenden somit nahezu ausschließlich aus Frauen, Kindern und Senioren besteht. Es wird weiterhin angenommen, dass die Partizipationsquote über den gesamten Projektionszeitraum von 60% auf 70% ansteigt.

Unter diesen Annahmen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) zunächst noch leicht zunehmen und erst ab dem Jahr 2025 im Zuge der Alterung allmählich sinken, wobei sich der Rückgang gegen Ende des Projektionszeitraums etwas beschleunigt. Über den gesamten Zeithorizont nimmt sie um etwa 170 000 Personen auf 62,5 Millionen im Jahr 2027 zu. Dabei wird die Partizipation in den kommenden Jahren wieder zunehmen. Die trendmäßige Partizipationsquote wird über den gesamten Projektionszeitraum von 74,7% auf 75,7% steigen.

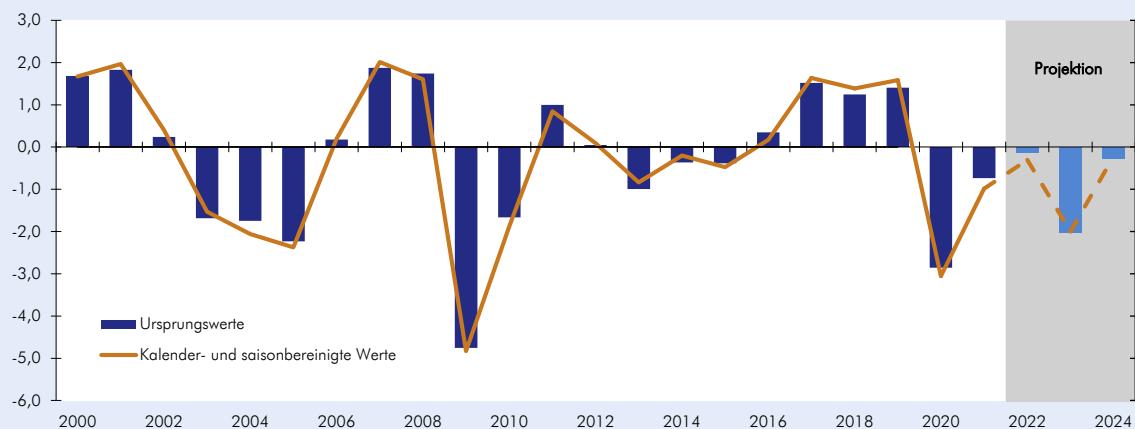
Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2027 methodenbedingt mit 3,5% etwas höher liegen als im Jahr 2021 (2,8%).

Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer nimmt in der Kurzfrist insgesamt ab, weil die Arbeitsnachfrage rezessionsbedingt zurückgeht und Arbeitgeber auf die Möglichkeit der Kurzarbeit zurückgreifen. Ab dem Jahr 2025 wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Der Rückgang der trendmäßigen Arbeitszeit je Erwerbstätigen verläuft zunächst schneller. Erst gegen Ende des Projektionszeitraums nimmt sie wieder langsamer ab. Über den gesamten Zeitraum sinkt sie um etwa 44 Stunden.

Alles in allem wird das potenzielle Arbeitsvolumen über den gesamten Projektionszeitraum abnehmen. In der kurzen Frist wirkt dabei der Zunahme der Erwerbsbevölkerung der Rückgang der trendmäßigen Arbeitszeit entgegen. In der mittleren Frist dämpfen bis auf die ansteigende Partizipationsrate alle Faktoren. Über den gesamten Projektionszeitraum nimmt das potenzielle Arbeitsvolumen jahresdurchschnittlich um 0,4% ab und dämpft dadurch das Potenzialwachstum um 0,3 Prozentpunkte.

Abbildung K2
Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

K2.3 Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2022. Kiel, 2022.

Der Kapitalstock wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 1,0% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,4 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,5% betragen. Hierbei wird, wie auch bei den zuvor beschriebenen Bestimmungsfaktoren des Produktionspotenzials davon ausgegangen, dass es keinen durch die Corona-Pandemie bedingten Bruch in der Trendfortschreibung gibt. Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandproduktes ergibt sich damit für dieses Jahr eine Produktionslücke -0,3%. Im Durchschnitt der beiden Folgejahre beträgt sie -2,0 und -0,2% (vgl. Abbildung K2).

Ein Teil der **Risiken** für die deutsche Konjunktur ist gleich den im internationalen Abschnitt beschriebenen Risiken für die Weltwirtschaft. Dazu gehört die Möglichkeit, dass Erdgas im Winter im Euroraum und speziell in Deutschland rationiert werden müsste. Davon wäre besonders das Verarbeitende Gewerbe und indirekt die gesamte deutsche Volkswirtschaft betroffen.⁵ Weil man mit der Befüllung der Gaspeicher den Sommer über gut vorangekommen ist, ist das Risiko eines solchen Szenarios gesunken, es ist aber immer noch vorhanden. Denn viele Determinanten des Gasverbrauchs, wie das kommende Winterwetter, sind unbekannt oder, wie die Reaktion der Nachfrage auf die enorm gestiegenen Gaspreise, schwer abzuschätzen. Dass auch die weitere Entwicklung der Großhandelspreise für Gas und Strom höchst unsicher ist, ergibt sich schon aus deren starken täglichen Schwankungen. Allerdings besteht nicht nur die Möglichkeit einer deutlichen Verschlimmerung der Krise, sondern auch die eines viel glimpflicheren Verlaufs. So ist etwa denkbar, dass es zu den Spitzenpreisen für Gas im August von über 300 Euro je Megawattstunde deshalb kam, weil das in Deutschland im Frühjahr verabschiedete Gaspeichergesetz Betreiber von Erdgasspeichern verpflichtet, die Speicher schrittweise zu füllen. Nach Erreichen der Zielvorgaben könnte die Zahlungsbereitschaft für Gas auf dem Großhandelsmarkt deutlich zurückgehen. Allerdings gibt es mit dem Stopp des Gasflusses über die Nordstream-Pipeline durch Russland seit Ende August auch einen Grund für wieder höhere Großhandelspreise.

Das **gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit** wird sich im Jahr 2022 verringern. Lohnsteuer- und Beitragseinnahmen werden infolge des kräftigen Beschäftigungsaufbaus und der hohen Lohndynamik spürbar zunehmen, wenngleich das Lohnsteueraufkommen durch diverse Maßnahmen aus den Entlastungspaketen gedämpft wird. Obwohl auch bei den Gütersteuern Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Anstieg der Energiepreise einnahmemindernd wirken, wie die temporäre Senkung der Energiesteuer sowie die Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Erdgas, werden diese mit dem starken Anziehen der Inlandsnachfrage dennoch deutlich zunehmen. Die Ausgaben des Staates nehmen im laufenden Jahr nur sehr verhalten zu. Dies geht darauf zurück, dass im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ergriffene Maßnahmen, etwa die Unternehmenshilfen, die Impfkampagne oder Unterstützungen für das Gesundheitswesen, allmählich auslaufen. Dem stehen jedoch zusätzliche öffentliche Ausgaben im Zusammenhang mit dem starken Anstieg der Energiepreise gegenüber. Zu nennen sind hier etwa die Zuschüsse für energieintensiv produzierende Unternehmen oder die staatlichen Subventionen an den öffentlichen Personennahverkehr, die einem Rückgang der öffentlichen Ausgaben entgegenwirken. Zudem nehmen die öffentlichen Investitionen aufgrund der bereitgestellten Mittel für umfangreiche investive Maßnahmen in verschiedenen Bereichen spürbar zu. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dürfte sich von -3,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 auf -2,1% erhöhen. Im Jahr 2023 dürfte sich das Defizit der öffentlichen Haushalte weiter verringern. Zwar wird der Zuwachs der Steuereinnahmen durch weitere entlastende Maßnahmen, etwa die Senkung der Energiesteuer auf Erdgas oder Änderungen bei der Einkommensteuer, gedämpft. Bei den gewinnabhängigen Steuern schlägt sich dann nach und nach der deutliche Rückgang der Unternehmens- und Vermögenseinkommen nieder. Hingegen legen die Sozialbeiträge aufgrund der weiterhin dynamischen Lohnentwicklung und des Anstiegs des kumulierten Beitragssatzes zu den Sozialversicherungen spürbar zu. Die öffentlichen Ausgaben nehmen zwar beschleunigt, aber erneut etwas verhaltener zu als die Einnahmen, weil die Corona-bedingten Maßnahmen bis zum Jahr 2023 annahmegemäß ausgelaufen sind. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dürfte dann bei -1,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen. Im Jahr 2024 verharrt der Finanzierungssaldo des Staates auf ähnlichem Niveau. Der um konjunkturelle und Einmaleffekte bereinigte strukturelle Finanzierungssaldo erhöht sich von -3,2% im Jahr 2021 auf -1,1% im Jahr 2024 (vgl. Tabelle 1).

⁵ Für eine Abschätzung der Folgen eines Gasstopps mit Rationierung vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2022*. Kiel 2022, Abschnitt „Ein alternatives Szenario: EU ohne Energierohstoffe aus Russland“.

Tabelle 1**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

in Milliarden Euro

	2021	2022	2023	2024
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-134,3	-81,9	-45,2	-49,4
– Konjunkturkomponente ¹	-13,5	-2,0	-39,9	-3,6
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-120,8	-79,9	-5,3	-45,8
– Einmaleffekte ²	-4,2	0,0	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	-116,6	-79,9	-5,3	-45,8
+ Zinsausgaben des Staates	20,8	22,8	23,5	24,4
= Struktureller Primärsaldo	-95,8	-57,1	18,2	-21,4
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-21,0	38,7	75,3	-39,6
Nachrichtlich:	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>			
Struktureller Finanzierungssaldo	-3,2	-2,1	-0,1	-1,1
struktureller Primärsaldo	-2,7	-1,5	0,5	-0,5
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-0,5	1,2	2,0	-1,0

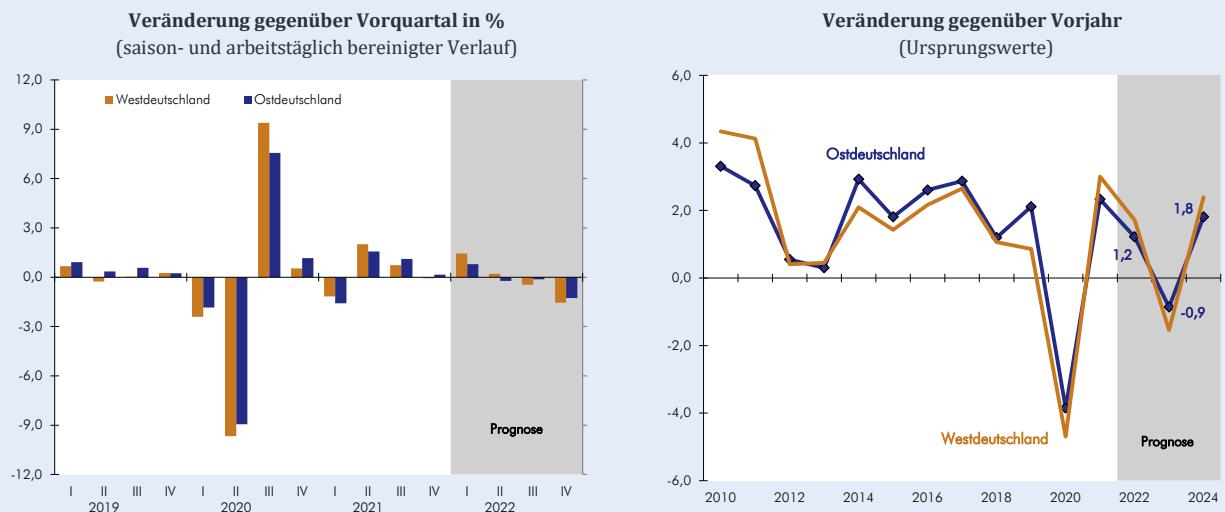
¹ Berechnet mit einer Budgetseimelastizität von 0,504. – ² Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Wie die Wirtschaft in Deutschland insgesamt, so gerät auch die **ostdeutsche Wirtschaft** im Jahresverlauf 2022 in die Rezession (vgl. Abbildung 6). Grund sind die massiven Realeinkommensverluste aufgrund des Preisanstiegs bei Gas und Strom. In Ostdeutschland haben knapp 40% aller Haushalte eine Gasheizung⁶ gegenüber 45,5% in Deutschland insgesamt, dafür beziehen etwa 30% der ostdeutschen Haushalte Fernwärme, in Gesamtdeutschland insgesamt nur knapp 14%, und diese Wärme wird zu reichlich 40% ebenfalls mit Erdgas erzeugt.

Abbildung 6

Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland



Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Statistisches Bundesamt; [Berechnungen](#) und Prognose des IWH.

Alles in allem gibt es zwischen West und Ost keine wesentlichen Differenzen in der Abhängigkeit der privaten Haushalte von Erdgas. Was typischerweise für Konjunkturschwankungen in Deutschland gilt, dürfte auch im Prognosezeitraum zutreffen: Die Produktion im Osten schwankt weniger stark als insgesamt, auch weil hier der stabilere Staatsverbrauch einen größeren Anteil an der Wertschöpfung hat als im Westen. Einen (wenn auch nicht allzu großen) positiven Effekt auf die Produktion des Verarbeitenden Gewerbe dürften im nächsten Jahr auch einige industrielle Großprojekte in Ostdeutschland wie die Tesla-Fabrik in Schöneiche haben. Alles in allem legt die Produktion in Ostdeutschland in diesem Jahr nach vorliegender Prognose um 1,2% zu, im Jahr 2023 sinkt sie um 0,9%, um im Jahr 2024 um 1,8% zuzunehmen.

⁶ Schätzung auf Grundlage von *Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft: Wie heizt Deutschland 2019? Studie zum Heizungsmarkt*, September 2019.

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Europa	28,5	5,6	2,5	-0,2	2,3	3,5	10,8	8,3	3,7				
EU 27	20,2	5,3	2,8	-0,2	2,6	2,8	8,6	7,8	2,9	7,0	6,0	5,7	5,5
Großbritannien	3,8	7,4	3,3	-0,3	1,3	2,6	9,0	7,0	2,0	4,5	4,0	4,5	4,2
Schweiz	1,0	3,7	2,7	1,3	1,5	0,6	3,0	1,8	1,5	4,8	4,4	4,3	4,3
Norwegen	0,6	4,0	2,4	2,3	2,0	3,5	5,3	3,5	2,5	4,4	3,5	3,5	3,4
Russland	2,1	4,7	-3,5	-2,6	1,2	6,7	14,0	6,0	6,0				
Türkei	1,0	11,0	5,6	2,3	2,8	19,6	70,0	40,0	25,0				
Amerika	34,5	5,8	1,9	0,9	2,0								
USA	27,2	5,7	1,6	0,7	1,9	4,7	8,0	3,8	2,0	5,4	3,6	4,3	4,5
Kanada	2,4	4,5	3,4	1,8	2,4	3,4	7,0	4,0	3,0	7,4	5,2	5,5	5,3
Lateinamerika ³	5,0	6,7	2,8	1,9	2,2								
Asien	36,9	6,5	3,0	4,0	4,4								
Japan	5,8	1,7	1,2	1,4	1,4	-0,3	1,8	1,5	1,5	2,8	2,7	2,8	2,7
China ohne Hongkong	20,6	8,1	2,9	4,9	5,0								
Südkorea	2,1	4,0	2,7	1,7	2,7	2,5	5,2	3,5	2,5	3,7	3,1	3,3	3,2
Indien	3,6	8,7	4,6	4,7	7,0								
Ostasien ohne China ⁴	4,7	4,7	4,3	3,9	4,2								
Insgesamt ⁵	100,0	6,0	2,5	1,7	3,0								
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	64,8	5,2	2,2	0,6	2,1	3,3	7,3	5,0	2,3	5,6	4,4	4,6	4,6
Schwellenländer ⁷	35,2	7,4	3,0	3,9	4,5								
<i>nachrichtlich:</i>													
Exportgewichtet ⁸	-	5,9	3,0	0,7	2,7								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ⁹	-	6,3	2,7	2,1	3,4								
Welthandel ¹⁰	-	10,2	4,0	1,5	2,9								

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2021 in US-Dollar.

² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2021.

³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.

⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).

⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2021 in US-Dollar.

⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2021.

⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2021.

¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2021 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A2**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA**

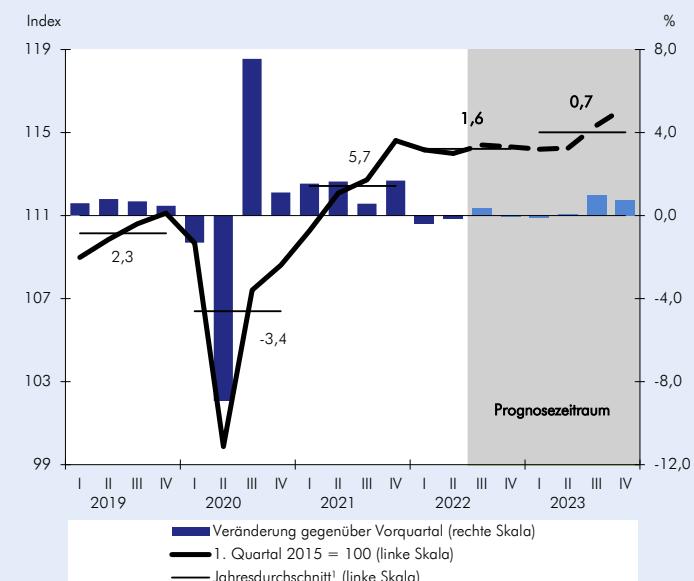
	2021	2022	2023	2024
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	5,7	1,6	0,7	1,9
privater Konsum	7,9	2,4	1,1	1,7
Staatskonsum und -investitionen	0,5	-1,2	0,9	1,2
private Anlageinvestitionen	7,8	0,8	-1,2	3,0
Vorratsveränderungen ¹	0,4	0,7	-0,1	0,2
inländische Verwendung	6,9	2,7	1,2	2,1
Exporte	4,5	6,4	4,7	2,4
Importe	14,0	9,4	3,0	3,2
Außenbeitrag ¹	-1,4	-1,1	-0,5	-0,2
Verbraucherpreise	4,7	8,0	3,8	2,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-10,2	-5,2	-4,9	-4,5
Leistungsbilanzsaldo	-3,7	-4,2	-5,2	-5,0
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	5,4	3,6	4,3	4,5

¹ Wachstumsbeitrag. ² Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A1**Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA**

saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A3
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

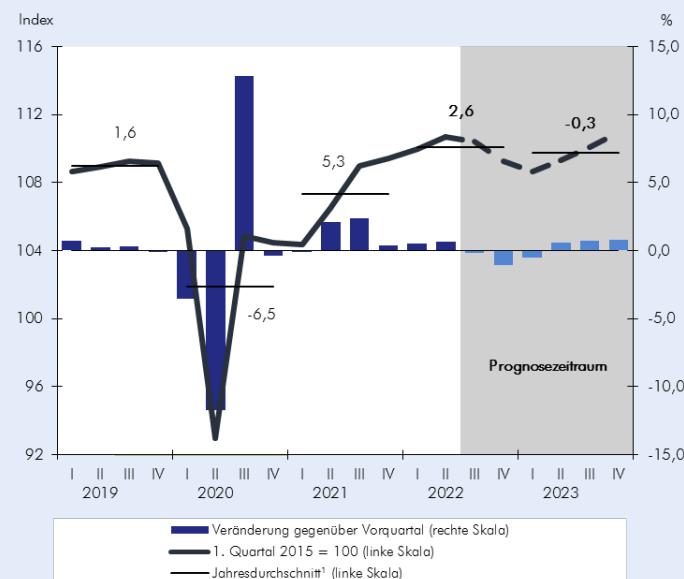
	2021	2022	2023	2024
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	5,3	2,6	-0,3	2,5
privater Konsum	3,6	3,0	-0,7	2,6
öffentlicher Konsum	3,9	0,5	-0,1	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	3,9	2,2	-0,3	2,9
inländische Verwendung	4,2	2,2	-0,5	2,4
Exporte ¹	10,5	5,0	0,2	4,5
Importe ¹	8,2	4,7	-0,2	4,3
Außenbeitrag ²	1,3	0,3	0,2	0,3
Verbraucherpreise ³	2,6	8,1	7,4	2,7
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo ⁴	-5,1	-4,2	-4,6	-4,1
Leistungsbilanzsaldo	2,4	0,4	1,2	1,6
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	7,7	6,6	6,3	6,1

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreis-index. –

⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, ILO; Berechnungen des IWH; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A2
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A4

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Deutschland	24,7	2,6	1,2	-1,2	2,3	3,2	8,5	9,8	2,2	3,6	2,8	2,7	2,5
Frankreich	17,2	6,8	2,3	0,0	2,0	2,1	5,7	4,4	2,0	7,9	7,4	7,3	7,2
Italien	12,3	6,6	2,5	-1,0	2,6	2,0	7,6	7,2	3,3	9,6	8,1	7,9	7,8
Spanien	8,3	5,1	4,0	0,8	3,5	3,0	9,0	7,3	3,7	14,8	12,7	12,0	11,4
Niederlande	6,0	4,9	4,4	0,1	1,6	2,8	10,5	6,5	2,2	4,2	3,4	3,2	2,9
Belgien	3,5	6,2	2,1	-0,6	2,0	3,2	9,4	5,0	2,0	6,3	5,7	5,6	5,4
Österreich	2,8	4,8	4,7	-0,5	2,5	2,8	8,1	6,9	3,0	6,2	4,7	5,2	5,0
Irland	2,9	13,4	5,0	2,4	5,3	2,5	8,1	8,1	3,6	6,3	4,3	3,6	3,3
Finnland	1,7	3,0	2,3	-0,1	1,7	2,1	6,6	4,9	2,5	7,7	6,7	6,9	6,9
Portugal	1,5	4,9	6,1	0,0	1,9	0,9	8,1	10,3	4,9	6,6	5,8	5,3	5,1
Griechenland	1,3	8,0	5,1	1,0	2,9	0,6	10,0	10,1	4,0	14,8	12,0	10,7	9,6
Slowakei	0,7	3,0	1,2	0,4	5,2	2,8	11,5	13,2	5,5	6,8	6,3	6,4	6,0
Luxemburg	0,5	6,9	3,1	1,0	2,8	3,5	8,1	3,6	1,6	5,4	4,3	4,3	4,2
Litauen	0,4	4,9	2,3	0,6	4,0	4,6	13,7	6,6	3,1	7,1	4,1	3,6	3,2
Slowenien	0,4	8,1	6,4	1,2	3,6	2,0	12,4	12,8	4,6	4,8	5,5	5,0	4,3
Lettland	0,2	4,2	3,3	0,2	3,9	3,3	17,1	16,3	5,8	7,6	6,6	6,3	5,9
Estland	0,2	8,1	0,6	0,4	3,8	4,5	20,2	19,0	6,4	6,2	5,7	5,4	4,9
Zypern	0,2	5,5	4,4	1,4	3,0	2,3	7,8	3,9	1,8	7,5	7,2	7,3	7,1
Malta	0,1	10,2	6,1	1,8	3,6	0,7	5,6	2,3	1,6	3,4	2,9	2,7	2,5
Euroraum insgesamt	84,8	5,2	2,6	-0,3	2,5	2,6	8,1	7,4	2,7	7,7	6,6	6,3	6,1
Euroraum ohne Deutschland	60,1	6,3	3,2	0,0	2,6	2,4	7,9	6,4	2,9	9,2	7,5	7,2	7,0
Polen	3,9	5,8	3,6	-0,5	3,3	5,2	12,8	10,3	4,4	3,4	2,7	2,7	2,7
Schweden	3,7	4,8	2,8	0,7	2,6	2,7	10,5	7,9	3,3	8,8	4,5	4,4	4,3
Dänemark	2,3	4,9	2,6	0,7	2,4	2,0	7,1	4,7	2,2	5,1	7,3	7,2	7,2
Rumänien	1,7	5,9	6,8	1,5	3,3	4,1	10,1	11,3	5,5	5,6	5,4	5,0	4,8
Tschechien	1,7	3,5	2,3	-0,3	3,9	3,3	14,7	14,9	4,8	2,8	3,4	3,0	2,8
Ungarn	1,1	7,1	5,6	0,6	2,6	5,2	13,3	16,8	5,9	4,1	2,4	2,6	2,4
Bulgarien	0,5	4,0	3,8	1,5	3,3	2,9	11,6	7,4	3,1	5,3	4,5	4,0	3,1
Kroatien	0,4	9,8	6,5	2,3	3,6	2,7	12,2	11,0	4,7	7,6	6,2	5,3	4,3
MOE-Länder ⁴	11,1	5,6	4,0	0,3	3,5	4,2	12,8	12,1	4,8	4,5	3,9	3,7	3,4
EU-27 ⁵	100,0	5,3	2,8	-0,2	2,6	2,8	8,6	7,8	2,9	7,0	6,0	5,7	5,5

¹ Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt.² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.³ Standardisiert.⁴ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.⁵ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2021 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2021.

Quellen: Eurostat; IWF; Berechnungen des IWH; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A5**Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2022**

Veränderung gegenüber Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

	IWH-Sommerprognose 2022		IWH-Herbstprognose 2022		Prognosekorrektur für 2022	
	Prognosewerte für 2022		Prognosewerte für 2022		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge in Prozentpunkten	
	Veränd. geg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Veränd. geg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inländische Verwendung						
Privater Konsum	2,8	2,6	2,7	2,6	-0,1	0,0
Staatlicher Konsum	3,4	1,7	3,8	1,9	0,4	0,2
Bauten	0,3	0,1	3,3	0,7	3,0	0,6
Ausrüstungen	2,7	0,3	-3,0	-0,4	-5,7	-0,7
Sonstige Anlageinvestitionen	1,1	0,1	0,6	0,0	-0,5	-0,1
Vorratsveränderungen	1,2	0,0	2,0	0,1	0,8	0,1
	—	0,4	—	0,2	—	-0,2
Außenbeitrag						
Ausfuhr	—	-1,1	—	-1,5	—	-0,4
Einfuhr	1,4	0,7	1,6	0,8	0,2	0,1
Bruttoinlandsprodukt	4,2	-1,8	5,4	-2,3	1,2	-0,5
	1,5	1,5	1,1	1,1	-0,4	-0,4
<i>Nachrichtlich:</i>						
Bruttoinlandsprodukt USA	2,3	—	1,6	—	-0,7	—
Bruttoinlandsprodukt Europa	2,7	—	2,6	—	-0,1	—
Welthandel	3,3	—	4,0	—	0,7	—
Verbraucherpreise	7,2	—	7,9	—	0,7	—

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

Tabelle A6**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	-4,9	3,4	5,7	-1,0	0,8	0,8	0,4	-2,4	-1,9	0,3	0,3	0,4
öffentlicher Konsum	-1,1	4,8	-3,4	1,3	1,8	2,3	-1,4	-0,1	-0,2	-0,5	-0,1	0,3
Bauten	-1,8	2,4	-2,9	-0,8	3,1	-3,4	-3,7	-0,4	0,4	0,2	-0,3	2,7
Ausrüstungen	-1,0	0,3	-3,1	0,9	1,7	1,1	-1,0	-1,0	2,0	4,0	3,0	2,0
sonstige Anlagen	-1,3	0,7	0,6	0,6	-0,1	0,8	0,7	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7
Vorratsinvestitionen ²	1,5	-0,9	-0,2	0,5	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	-1,5	2,2	1,4	0,3	1,4	0,7	-0,6	-1,4	-0,7	0,4	0,4	0,7
Außenbeitrag ²	0,0	-0,2	-0,5	-0,4	-0,5	-0,6	0,1	-0,2	0,0	0,1	0,2	0,1
Exporte	3,2	0,9	0,0	2,5	-0,7	0,3	0,6	-0,4	-0,3	0,5	1,0	0,9
Importe	3,9	1,5	1,3	3,7	0,4	1,6	0,4	-0,1	-0,3	0,3	0,6	0,8
Bruttoinlandsprodukt	-1,5	1,9	0,8	0,0	0,8	0,1	-0,4	-1,5	-0,8	0,5	0,6	0,8

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A7**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹**

in Prozentpunkten

	2021	2022	2023	2024
Konsumausgaben	1,0	2,6	-1,7	1,2
private Konsumausgaben	0,2	1,9	-1,5	1,0
Konsumausgaben des Staates	0,8	0,7	-0,2	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	-0,2	0,2	1,1
Bauten	0,0	-0,4	-0,3	0,6
Ausrüstungen	0,2	0,0	0,4	0,4
sonstige Anlagen	0,0	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,5	0,2	0,2	0,0
inländische Verwendung	1,8	2,6	-1,3	2,3
Außenbeitrag	0,8	-1,5	-0,1	0,0
Exporte	4,2	0,8	0,2	0,0
Importe	-3,4	-2,3	-0,3	0,0
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,1	-1,4	2,3

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A8**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2021	2022	2023	2024
statistischer Überhang ¹	2,2	0,8	-1,3	1,0
Jahresverlaufsrate ²	1,2	-1,0	1,0	1,8
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	2,6	1,2	-1,2	2,3
Kalendereffekt ³	0,1	-0,1	-0,2	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ⁴	2,6	1,1	-1,4	2,3

¹ Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ³ In % des realen BIP. – ⁴ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A9

Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2021 und 2022

	2021	2022 ¹	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland) ¹	41 022	41 641	619	1,5
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 897	34 481	584	1,7
Geförderte ²	118	120	2	2,0
nicht geförderte	33 779	34 361	581	1,7
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 101	4 108	7	0,2
sonstige	3 023	3 053	29	1,0
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 958	3 907	-51	-1,3
geförderte Selbstständigkeit	9	8	-1	-15,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 949	3 900	-49	-1,2
Erwerbstätige (Inland)	44 980	45 548	568	1,3
staatlich subventionierte Erwerbstätige	1 976	613	-1 363	-69,0
geförderte Erwerbstätige ³	127	128	1	0,8
Kurzarbeit	1 849	485	-1 364	-73,8
ungeförderte Erwerbstätigkeit	43 004	44 935	1 931	4,5
<i>nachrichtlich:</i>				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland) in %	4,4	1,3		

¹ Prognose des IWH. – ² Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ³ Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Tabelle A10

Indikatoren zur Außenwirtschaft

	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	9,7	1,6	0,3	3,3
Importe, real	9,0	5,4	0,6	3,4
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Exporte, nominal	47,0	51,0	55,8	59,6
Importe, nominal	41,7	49,7	56,5	60,4
Außenbeitrag				
Mrd. Euro, nominal	191,6	51,3	-29,6	-32,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A11

Reale Anlageinvestitionen in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2021	2022	2023	2024
Anlageinvestitionen insgesamt	1,2	-1,1	0,8	4,6
Bauinvestitionen insgesamt	0,0	-3,0	-2,5	4,7
Wohnbauten	0,6	-2,5	-1,9	6,0
Nichtwohnbauten insgesamt	-0,9	-3,8	-3,5	2,4
gewerbliche Bauten	0,1	-4,0	-2,1	3,7
öffentliche Bauten	-2,9	-3,4	-6,5	-0,4
Ausrüstungen	3,5	0,6	5,7	5,6
Sonstige Anlagen	1,0	2,0	3,3	2,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A12**Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2021	2022	2023	2024
verfügbare Einkommen, nominal	2,1	5,9	0,8	6,1
darunter:				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	4,2	6,3	4,2	4,1
monetäre Sozialleistungen	1,8	2,4	3,2	4,7
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	1,6	9,2	-7,7	8,2
Sparen	-6,1	-25,6	-40,9	30,2
private Konsumausgaben, nominal	3,5	11,3	5,7	4,3
nachrichtlich:				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	3,7	6,0	4,9	4,5
Sparquote (in %)	15,1	10,6	6,2	7,7
Preisindex des privaten Konsums	3,1	7,2	8,9	2,5
private Konsumausgaben, real	0,4	3,8	-2,9	1,8

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A13**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

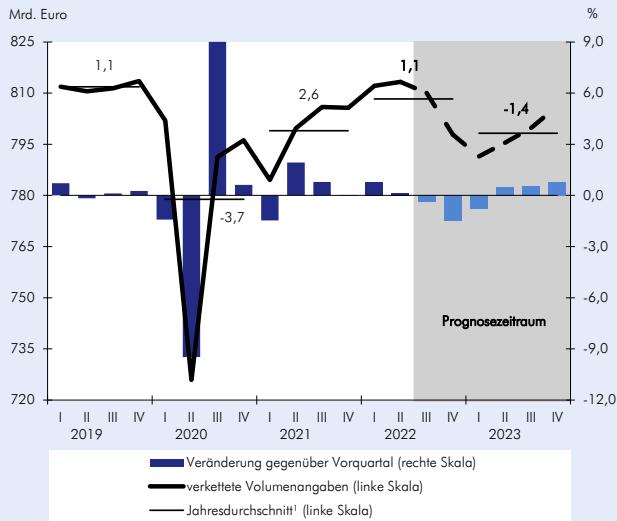
	2022				2023			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,1	-0,4	-1,5	-0,8	0,5	0,6	0,8
darunter								
Bruttowertschöpfung	1,6	-0,3	-0,3	-1,6	-0,8	0,5	0,6	0,8
darunter								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-0,2	-0,4	-0,7	-1,1	-1,1	1,0	1,0	1,3
Verarbeitendes Gewerbe	-0,1	-0,5	-0,7	-1,1	-1,1	1,1	1,1	1,5
Energie- und Wasserversorgung	-0,8	-0,1	-0,5	-1,5	-1,5	0,5	0,4	0,4
Baugewerbe	3,2	-2,4	-1,6	-1,8	-0,6	0,3	1,0	2,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	2,1	-1,5	1,8	-5,3	-1,8	0,3	0,3	0,4
Information und Kommunikation	1,4	1,5	0,7	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	4,3	0,4	0,2	0,5	0,2	0,1	0,1	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,9	0,0	-0,3	-1,0	-1,0	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister	1,2	2,0	-0,8	-0,5	-0,5	0,6	0,9	0,9
öffentliche Dienstleister	2,9	-0,8	-1,3	-0,8	-0,2	0,3	0,4	0,4
sonstige Dienstleister	5,3	1,0	1,0	-2,2	0,2	0,3	1,0	1,0

¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A3

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

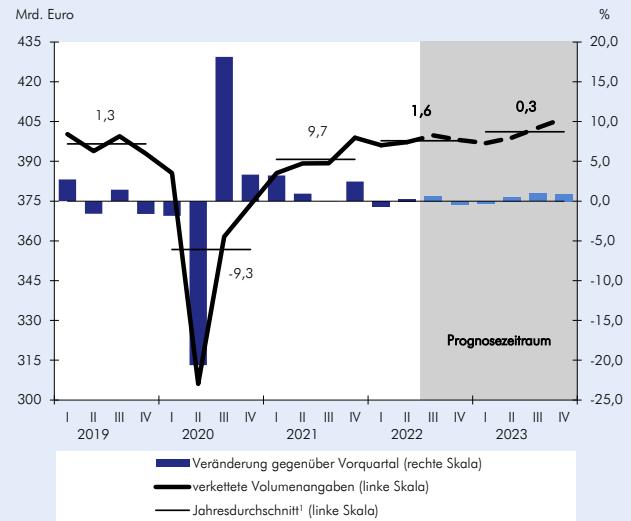


¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A4

Reale Exporte saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

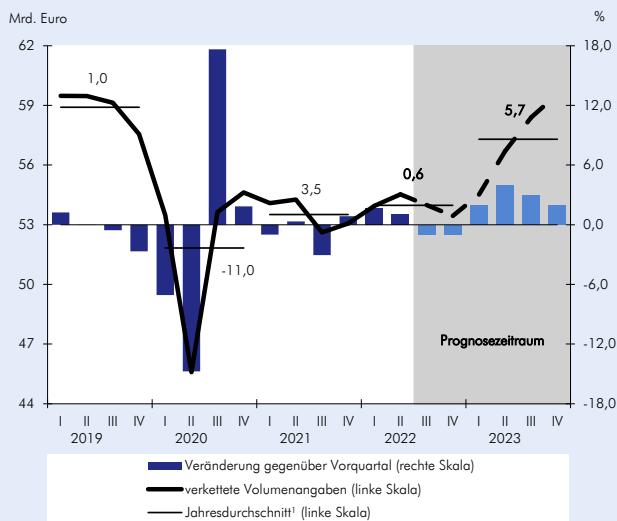


¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A5

Reale Investitionen in Ausrüstungen saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

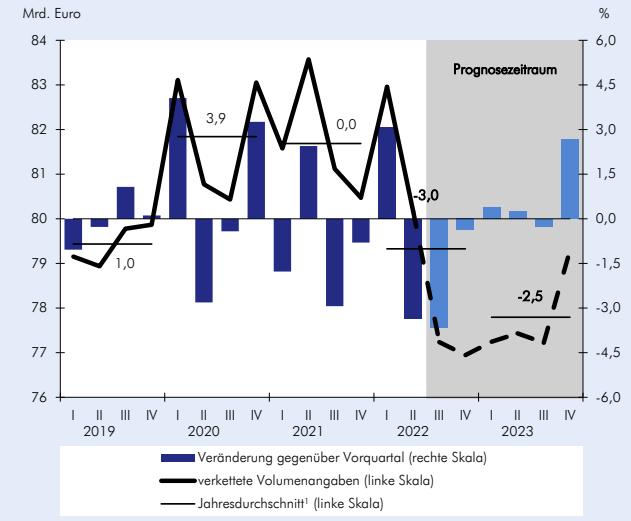


¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A6

Reale Bauinvestitionen saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

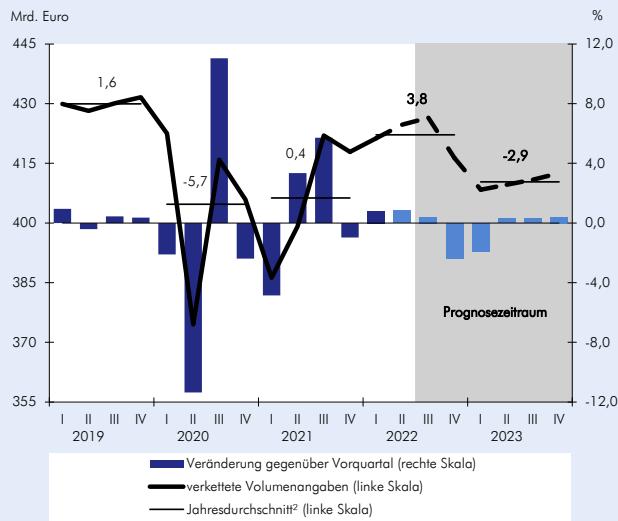


¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A7

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

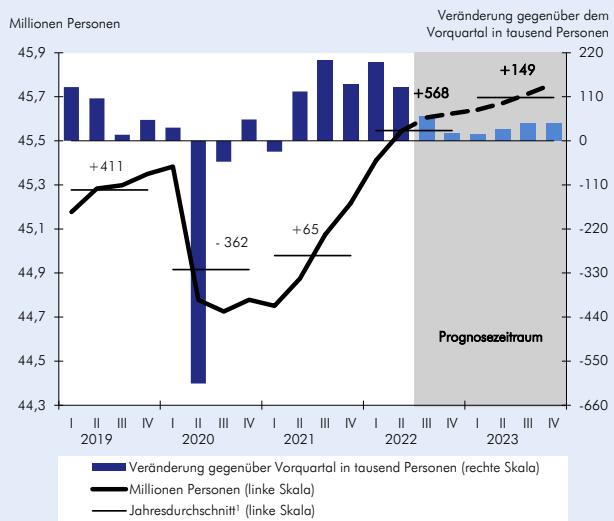


¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2022: Prognose des IWH.

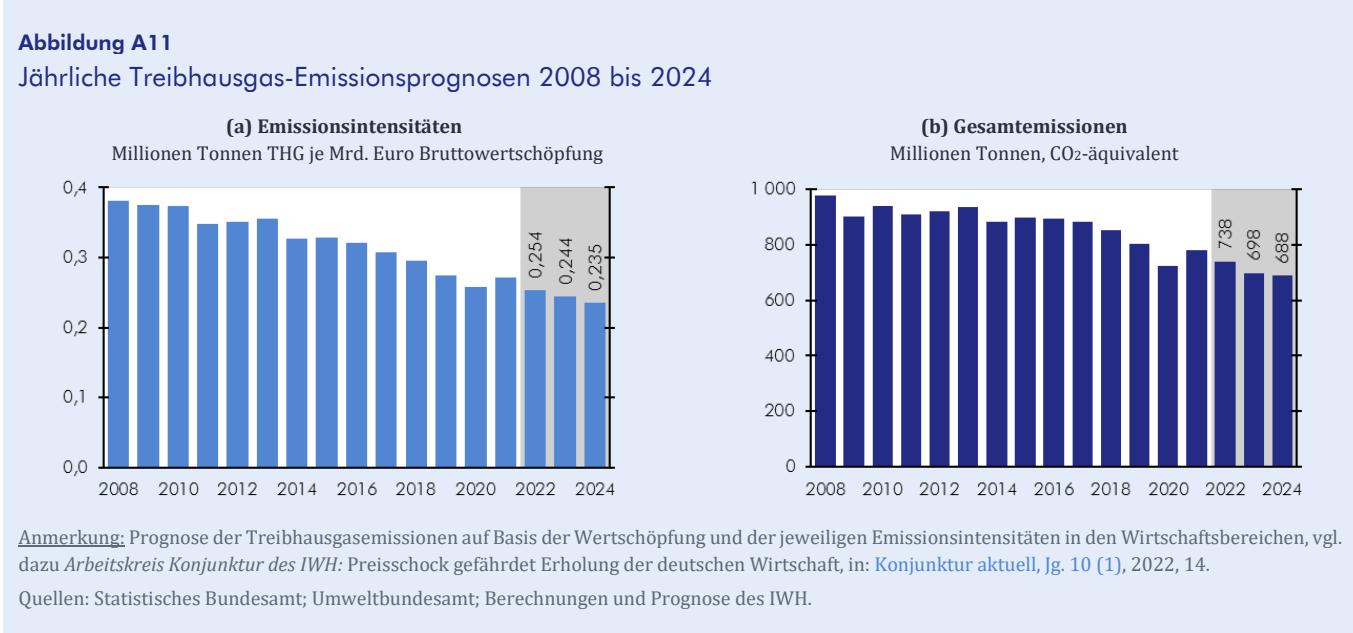
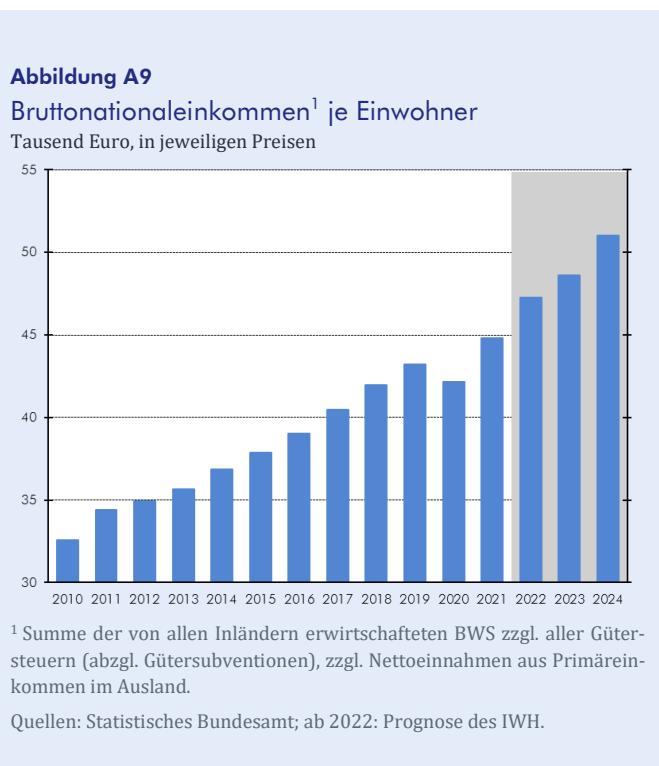
Abbildung A8

Erwerbstätige
Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Ausgewählte Indikatoren zur Messung von Wohlfahrt⁷

⁷ Vgl. Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2022, 80 ff.

Tabelle A14**Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2022	2023	2024
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Alterseinkünftegesetz	-1,6	-1,5	-1,5
Anhebung der Pendlerpauschale zum 1. Januar 2022	-0,3	0,0	0,0
Weitere Erhöhung des Grundfreibetrags und des Arbeitnehmerpauschbetrags bei der Einkommensteuer zum 1.1.2022	-4,5	-0,4	0,0
Erhöhung des Sparerfreibetrags zum 1. Januar 2023		-0,4	0,0
schrittweises Abschmelzen des Solidaritätszuschlags	-1,4	-0,7	-0,5
Änderungen bei der Rentenbesteuerung zum 1. Januar 2023		-2,5	0,0
Zweites Entlastungspaket: Energiepreispauschale und temporäre Senkung der Energiesteuer	-13,2	13,2	0,0
Inflations-Ausgleichsgesetz (Tarifverschiebung, Erhöhung Grund- und Kinderfreibetrag)		-8,0	-5,0
Temporäre Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie	-1,2	0,0	0,0
Temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Erdgas	-2,0	-5,5	5,5
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4	0,4
Änderungen bei der Tabaksteuer	1,8	0,6	0,0
Zweites Familienentlastungsgesetz	-5,2	-0,9	-0,2
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computer-Hardware und Software	-3,8	0,8	2,3
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	-0,9	0,1	0,3
Klimapaket: CO ₂ -Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr	1,6	0,0	2,0
Klimapaket: steuerliche Maßnahmen	-0,4	0,2	0,0
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1.1.2023 um 0,3 Prozentpunkte		3,7	0,0
Erhöhung des Beitragsszuschlags für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1.1.2022	0,3	0,0	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023		2,5	0,0
Senkung der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte im Jahr 2022	-0,3	0,6	0,0
Erhöhung der Mini- und Midijobgrenzen	-0,2	-1,3	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 ³	-3,2	-0,6	2,0
Zusätzliche Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds	-2,5	-9,5	-3,0
Inflationsausgleichsgesetz: Kindergelderhöhung		-3,0	-1,0
Zusätzliche investive Maßnahmen des Bundes in den Jahren 2021 bis 2024	-1,0	-1,0	-0,5
Energiekostenzuschuss für Unternehmen	-5,0	2,5	2,5
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	-5,0	-9,0	0,0
Zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau	-0,5	-0,5	0,0
Heizkostenzuschuss für Geringverdiener	-1,0	1,0	0,0
Drittes Entlastungspaket: Einmalige Zuschüsse für Familien, Rentner, Studierende und Wohngeldempfänger	-5,0	4,0	1,0
Preissenkung im öffentlichen Personennahverkehr	-2,7	1,2	0,0
Änderungen beim BAföG	-0,3	-0,6	0,0
Aufbauhilfefonds 2021	-3,0	-3,0	0,0
Pflegebonus 2022	-1,0	1,0	0,0
Teilhabechancengesetz	0,2	0,0	0,0
Arbeit-von-morgen-Gesetz	-0,1	0,0	0,0
Änderungen beim Wohngeld		-2,0	0,0
Einführung eines Bürgergeldes		-0,6	-0,3
Personalaufstockung in den Bereichen Sicherheit und Justiz	-0,5	-0,1	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
rentenpolitische Maßnahmen aus der vergangenen Legislaturperiode ⁴	-0,5	-0,3	-0,3
Wiedereinführung des Nachholfaktors in der gesetzlichen Rentenversicherung	2,0	0,0	0,0
Grundrente	-1,8	0,8	-0,2
Arbeit-von-morgen-Gesetz	-0,2	0,0	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	-0,1	-0,1	-0,2
Pflegereform	-1,2	-0,7	-0,1
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz		1,9	0,3
Konjunktur- und Zukunftspaket	26,7	23,1	11,7
Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie	30,1	20,4	0,0
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)⁵	-6,5	25,8	15,4
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,2	0,7	0,4

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ² Reform der Investmentbesteuerung, Fondsstandortgesetz, Jahressteuergesetz 2020, steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus, Änderungen beim Rennwett- und Lotteriesteuergesetz, Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen. – ³ Digitalpakt, Fonds für den Breitbandausbau, Ausbau von Ganztagschulen, zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. – ⁴ Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – ⁵ Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A15**Hauptaggregate der Sektoren****Jahresergebnisse 2021**

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesell- schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 258,6	2 215,0	374,9	668,6	—
2	— Abschreibungen	704,9	407,2	87,8	209,9	—
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 553,6	1 807,8	287,1	458,8	-191,6
4	— geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 913,7	1 381,2	294,4	238,1	17,0
5	— geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,3	25,1	0,5	9,7	—
6	+ empfangene sonstige Subventionen	94,5	72,0	0,1	22,4	—
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	699,2	473,5	-7,7	233,3	-208,6
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 918,0	—	—	1 918,0	12,7
9	— geleistete Subventionen	111,6	—	111,6	—	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	392,8	—	392,8	—	7,5
11	— geleistete Vermögenseinkommen	603,0	564,8	20,8	17,5	212,9
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	729,2	382,8	15,2	331,2	86,6
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 024,6	291,6	267,9	2 465,1	-319,3
14	— geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	473,5	110,2	—	363,3	12,0
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	485,0	—	485,0	—	0,5
16	— geleistete Nettozialbeiträge ²	775,3	—	—	775,3	4,2
17	+ empfangene Nettozialbeiträge ²	775,4	140,9	633,7	0,9	4,1
18	— geleistete monetäre Sozialleistungen	684,7	72,9	610,9	0,9	0,2
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	676,5	—	—	676,5	8,4
20	— geleistete sonstige laufende Transfers	394,2	210,9	90,4	92,9	72,2
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	338,2	186,9	30,1	121,2	128,3
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 971,9	225,4	715,3	2 031,2	-266,6
23	— Konsumausgaben	2 571,3	—	797,5	1 773,8	—
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	—	-58,7	—	58,7	—
25	= Sparen	400,6	166,7	-82,2	316,0	-266,6
26	— geleistete Vermögentransfers	102,2	18,2	68,1	15,9	8,4
27	+ empfangene Vermögentransfers	93,3	48,7	20,3	24,3	17,3
28	— Bruttoinvestitionen	838,9	492,6	93,4	252,9	—
29	+ Abschreibungen	704,9	407,2	87,8	209,9	—
30	— Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	-3,2	-2,7	-1,2	0,7	3,2
31	= Finanzierungssaldo	261,0	114,5	-134,3	280,7	-261,0
32	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 971,9	225,4	715,3	2 031,2	-266,6
33	— geleistete soziale Sachtransfers	509,7	—	509,7	—	—
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	509,7	—	—	509,7	—
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 971,9	225,4	205,6	2 540,9	-266,6
36	— Konsum ³	2 571,3	—	287,8	2 283,5	—
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	—	-58,7	—	58,7	—
38	= Sparen	400,6	166,7	-82,2	316,0	-266,6

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialversicherungssysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2022

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesell- schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttonetwertschöpfung	3 451,1	2 308,6	396,9	745,6	–
2	– Abschreibungen	793,0	453,6	99,5	240,0	–
3	= Nettowertwertschöpfung ¹	2 658,1	1 855,0	297,5	505,6	-51,3
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 022,4	1 463,8	305,3	253,3	18,6
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	34,8	24,3	0,4	10,1	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	53,2	45,7	0,2	7,3	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	654,1	412,6	-8,1	249,6	-69,9
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 026,8	–	–	2 026,8	14,2
9	– geleistete Subventionen	61,1	–	61,1	–	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	409,7	–	409,7	–	8,5
11	– geleistete Vermögenseinkommen	619,9	579,6	22,8	17,5	228,3
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	751,4	371,8	14,3	365,3	96,8
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 161,0	204,9	332,0	2 624,1	-183,5
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	502,7	122,9	–	379,7	13,1
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	515,2	–	515,2	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	810,1	–	–	810,1	4,5
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	810,3	144,4	665,0	0,9	4,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	700,5	73,8	625,7	0,9	0,4
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	692,4	–	–	692,4	8,5
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	410,0	216,9	92,8	100,4	69,3
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	341,1	190,6	26,7	123,8	138,2
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 096,7	126,1	820,5	2 150,1	-119,2
23	– Konsumausgaben	2 831,7	–	857,7	1 974,1	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	-59,0	–	59,0	–
25	= Sparen	265,0	67,2	-37,2	235,0	-119,2
26	– geleistete Vermögenstransfers	89,9	12,6	61,1	16,1	13,9
27	+ empfangene Vermögenstransfers	82,3	33,0	20,6	28,8	21,4
28	– Bruttoinvestitionen	938,8	541,2	104,8	292,9	–
29	+ Abschreibungen	793,0	453,6	99,5	240,0	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	0,5	1,0	-1,1	0,6	-0,5
31	= Finanzierungssaldo	111,1	-1,1	-81,9	194,1	-111,1
32	nachrichtlich:					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 096,7	126,1	820,5	2 150,1	-119,2
33	– geleistete soziale Sachtransfers	551,4	–	551,4	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	551,4	–	–	551,4	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 096,7	126,1	269,1	2 701,5	-119,2
36	– Konsum ³	2 831,7	–	306,3	2 525,5	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	-59,0	–	59,0	–
38	= Sparen	265,0	67,2	-37,2	235,0	-119,2

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialversicherungssysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2023

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesell- schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 565,9	2 355,5	415,5	794,9	—
2	— Abschreibungen	880,3	500,5	107,3	272,5	—
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 685,6	1 855,0	308,2	522,4	29,6
4	— geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 124,9	1 542,4	315,6	266,9	20,1
5	— geleistete sonstige Produktionsabgaben	34,8	24,3	0,4	10,1	—
6	+ empfangene sonstige Subventionen	41,7	38,4	0,2	3,1	—
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	567,6	326,7	—7,6	248,5	9,5
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 129,1	—	—	2 129,1	16,0
9	— geleistete Subventionen	48,5	—	48,5	—	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	425,2	—	425,2	—	8,5
11	— geleistete Vermögenseinkommen	489,8	450,2	23,5	16,1	219,6
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	626,5	290,7	16,6	319,2	83,0
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 210,0	167,2	362,2	2 680,6	—107,4
14	— geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	503,6	109,9	—	393,7	13,7
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	516,8	—	516,8	—	0,6
16	— geleistete Nettosozialbeiträge ²	852,8	—	—	852,8	4,7
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	853,2	149,6	702,7	0,9	4,3
18	— geleistete monetäre Sozialleistungen	722,8	74,8	647,1	0,9	0,4
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	714,6	—	—	714,6	8,6
20	— geleistete sonstige laufende Transfers	416,0	211,0	96,8	108,3	67,1
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	350,5	194,4	29,8	126,3	132,6
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 149,9	115,5	867,6	2 166,8	—47,3
23	— Konsumausgaben	2 963,3	—	876,1	2 087,2	—
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	—	—59,3	—	59,3	—
25	= Sparen	186,6	56,2	—8,5	138,9	—47,3
26	— geleistete Vermögenstransfers	95,6	25,8	52,7	17,1	26,0
27	+ empfangene Vermögenstransfers	87,6	35,9	21,7	30,0	34,1
28	— Bruttoinvestitionen	1 019,5	587,9	114,2	317,4	—
29	+ Abschreibungen	880,3	500,5	107,3	272,5	—
30	— Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	0,5	1,1	—1,1	0,5	—0,5
31	= Finanzierungssaldo	38,8	—22,3	—45,2	106,3	—38,8
32	nachrichtlich: verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 149,9	115,5	867,6	2 166,8	—47,3
33	— geleistete soziale Sachtransfers	554,8	—	554,8	—	—
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	554,8	—	—	554,8	—
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 149,9	115,5	312,8	2 721,6	—47,3
36	— Konsum ³	2 963,3	—	321,2	2 642,1	—
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	—	—59,3	—	59,3	—
38	= Sparen	186,6	56,2	—8,5	138,9	—47,3

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2024

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesell- schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttonetwertschöpfung	3 737,7	2 466,5	435,9	835,3	0,0
2	- Abschreibungen	961,7	537,8	114,6	309,4	0,0
3	= Nettowertwertschöpfung ¹	2 776,0	1 928,8	321,3	525,9	32,0
4	- geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 220,3	1 613,5	327,6	279,2	22,1
5	- geleistete sonstige Produktionsabgaben	38,1	26,6	0,4	11,1	0,0
6	+ empfangene sonstige Subventionen	38,0	35,1	0,2	2,7	0,0
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	555,5	323,8	-6,5	238,3	9,9
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 224,4	0,0	0,0	2 224,4	17,9
9	- geleistete Subventionen	44,2	0,0	44,2	0,0	5,6
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	445,0	0,0	445,0	0,0	8,6
11	- geleistete Vermögenseinkommen	476,0	432,4	24,4	19,2	229,4
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	632,6	238,1	16,7	377,8	72,8
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 337,4	129,5	386,6	2 821,3	-125,8
14	- geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	512,8	107,4	0,0	405,4	14,3
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	526,6	0,0	526,6	0,0	0,6
16	- geleistete Nettosozialbeiträge ²	888,2	0,0	0,0	888,2	4,9
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	888,8	154,8	733,2	0,9	4,3
18	- geleistete monetäre Sozialleistungen	756,2	75,7	679,6	0,9	0,4
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	747,9	0,0	0,0	747,9	8,8
20	- geleistete sonstige laufende Transfers	418,4	212,3	100,7	105,4	65,4
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	357,6	198,2	30,5	128,9	126,2
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 282,7	87,1	896,6	2 299,0	-71,1
23	- Konsumausgaben	3 085,7	0,0	907,8	2 177,8	0,0
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-59,6	-	59,6	-
25	= Sparen	197,1	27,5	-11,3	180,8	-71,1
26	- geleistete Vermögenstransfers	98,4	26,9	53,9	17,6	53,0
27	+ empfangene Vermögenstransfers	90,1	36,9	22,3	30,8	61,3
28	- Bruttoinvestitionen	1 087,7	618,7	122,3	346,7	0,0
29	+ Abschreibungen	961,7	537,8	114,6	309,4	0,0
30	- Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	0,5	1,2	-1,1	0,5	-0,5
31	= Finanzierungssaldo	62,3	-44,6	-49,4	156,3	-62,3
32	nachrichtlich: verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 282,7	87,1	896,6	2 299,0	-71,1
33	- geleistete soziale Sachtransfers	571,3	0,0	571,3	0,0	0,0
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	571,3	0,0	0,0	571,3	0,0
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 282,7	87,1	325,3	2 870,3	-71,1
36	- Konsum ³	3 085,7	0,0	336,6	2 749,1	0,0
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-59,6	-	59,6	-
38	= Sparen	197,1	27,5	-11,3	180,8	-71,1

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A16**VGR-Tabellen****Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024

	2021	2022	2023	2024	2022		2023					
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj				
1 Entstehung des Inlandsprodukts												
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr												
Erwerbstätige	0,1	1,3	0,3	0,4	1,5	1,0	0,4	0,3				
Arbeitsvolumen	1,7	1,6	-1,7	0,6	2,1	1,1	-1,7	-1,7				
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	1,6	0,3	-2,0	0,2	0,6	0,0	-2,1	-1,9				
Produktivität ¹	0,9	-0,5	0,2	1,7	0,7	-1,6	-0,8	1,3				
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,6	1,1	-1,4	2,3	2,8	-0,6	-2,4	-0,4				
2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen												
a) Mrd EUR												
Konsumausgaben	2 571,3	2 831,7	2 963,3	3 085,7	1 372,1	1 459,7	1 440,7	1 522,6				
private Haushalte ²	1 773,8	1 974,1	2 087,2	2 177,8	955,5	1 018,6	1 015,6	1 071,7				
Staat	797,5	857,7	876,1	907,8	416,5	441,1	425,2	450,9				
Anlageinvestitionen	783,8	874,2	950,9	1 021,7	416,9	457,3	455,8	495,1				
Bauten	416,7	482,4	521,9	563,6	230,6	251,9	254,6	267,2				
Ausrüstungen	229,4	246,1	273,7	295,1	117,7	128,4	127,8	146,0				
sonstige Anlageinvestitionen	137,7	145,6	155,2	162,9	68,6	77,0	73,4	81,8				
Vorratsveränderung ³	55,1	64,6	68,6	66,0	46,9	17,8	49,9	18,8				
inländische Verwendung	3 410,2	3 770,6	3 982,8	4 173,3	1 835,8	1 934,8	1 946,4	2 036,4				
Außenbeitrag	191,6	51,3	-29,6	-32,0	46,6	4,7	-7,8	-21,7				
Exporte	1 693,9	1 949,9	2 205,4	2 470,1	937,9	1 011,9	1 061,8	1 143,6				
Importe	1 502,4	1 898,6	2 235,0	2 502,1	891,3	1 007,3	1 069,7	1 165,3				
Bruttoinlandsprodukt	3 601,8	3 821,9	3 953,2	4 141,3	1 882,4	1 939,4	1 938,6	2 014,7				
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr												
Konsumausgaben	4,5	10,1	4,6	4,1	12,3	8,1	5,0	4,3				
private Haushalte ²	3,5	11,3	5,7	4,3	14,2	8,7	6,3	5,2				
Staat	6,6	7,5	2,1	3,6	8,2	6,9	2,1	2,2				
Anlageinvestitionen	6,5	11,5	8,8	7,4	11,4	11,7	9,3	8,3				
Bauten	8,3	15,8	8,2	8,0	16,0	15,5	10,4	6,1				
Ausrüstungen	5,5	7,3	11,2	7,8	6,6	7,9	8,6	13,7				
sonstige Anlageinvestitionen	2,9	5,8	6,6	5,0	5,3	6,2	6,9	6,3				
Inländische Verwendung	6,1	10,6	5,6	4,8	12,9	8,5	6,0	5,3				
Exporte	15,6	15,1	13,1	12,0	15,4	14,8	13,2	13,0				
Importe	18,0	26,4	17,7	12,0	27,5	25,4	20,0	15,7				
Bruttoinlandsprodukt	5,8	6,1	3,4	4,8	8,2	4,2	3,0	3,9				
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:												
Außenbeitrag	5,3	1,3	-0,7	-0,8	2,5	0,2	-0,4	-1,1				
3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)												
a) Mrd EUR												
Konsumausgaben	2 333,0	2 418,9	2 364,9	2 402,0	1 197,3	1 221,6	1 167,3	1 197,5				
private Haushalte ²	1 627,5	1 690,1	1 641,1	1 670,9	836,6	853,5	809,4	831,7				
Staat	703,6	726,9	721,9	729,0	359,7	367,2	357,0	364,9				
Anlageinvestitionen	672,6	665,4	670,6	701,8	329,0	336,3	323,4	347,2				
Bauten	328,7	318,7	310,9	325,4	161,7	157,0	152,9	157,9				
Ausrüstungen	215,8	217,2	229,5	242,4	105,1	112,1	107,6	121,9				
sonstige Anlageinvestitionen	126,6	129,1	133,4	137,2	61,4	67,8	63,4	70,0				
Inländische Verwendung	3 024,0	3 106,6	3 064,9	3 136,9	1 544,2	1 562,4	1 512,6	1 552,3				
Exporte	1 572,5	1 598,0	1 603,3	1 656,7	795,9	802,2	796,9	806,4				
Importe	1 395,8	1 471,4	1 479,8	1 530,2	725,1	746,3	733,2	746,6				
Bruttoinlandsprodukt	3 203,8	3 238,7	3 192,1	3 265,5	1 617,3	1 621,3	1 578,0	1 614,1				
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr												
Konsumausgaben	1,4	3,7	-2,2	1,6	6,4	1,1	-2,5	-2,0				
private Haushalte ²	0,4	3,8	-2,9	1,8	8,0	0,1	-3,3	-2,6				
Staat	3,8	3,3	-0,7	1,0	3,2	3,5	-0,8	-0,6				
Anlageinvestitionen	1,2	-1,1	0,8	4,6	0,1	-2,2	-1,7	3,2				
Bauten	0,0	-3,0	-2,5	4,7	-0,7	-5,3	-5,4	0,6				
Ausrüstungen	3,5	0,6	5,7	5,6	0,6	0,6	2,4	8,8				
sonstige Anlageinvestitionen	1,0	2,0	3,3	2,9	1,7	2,4	3,4	3,3				
Inländische Verwendung	1,9	2,7	-1,3	2,3	4,9	0,7	-2,0	-0,6				
Exporte	9,7	1,6	0,3	3,3	2,6	0,6	0,1	0,5				
Importe	9,0	5,4	0,6	3,4	7,4	3,6	1,1	0,0				
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,1	-1,4	2,3	2,8	-0,6	-2,4	-0,4				

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024

	2021	2022	2023	2024	2022		2023	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj

4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben ²	3,1	7,2	8,9	2,5	5,8	8,5	9,9	8,0
Konsumausgaben des Staates	2,7	4,1	2,9	2,6	4,9	3,4	2,9	2,9
Anlageinvestitionen	5,2	12,7	7,9	2,7	11,3	14,2	11,2	4,9
Bauten	8,3	19,4	10,9	3,2	16,9	22,0	16,8	5,5
Ausrüstungen	1,9	6,6	5,2	2,1	6,0	7,2	6,0	4,5
Exporte	5,4	13,3	12,7	8,4	12,5	14,1	13,1	12,4
Importe	8,3	19,9	17,1	8,3	18,8	21,0	18,7	15,6
Bruttoinlandsprodukt	3,1	5,0	4,9	2,4	5,2	4,8	5,5	4,3

5 Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 465,1	2 624,1	2 680,6	2 821,3	1 291,2	1 332,9	1 294,8	1 385,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	347,5	362,2	383,5	400,7	174,0	188,2	183,8	199,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 570,6	1 664,6	1 745,5	1 823,7	788,9	875,7	826,8	918,8
übrige Primäreinkommen ⁴	547,1	597,4	551,5	596,8	328,3	269,0	284,2	267,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	559,5	536,9	529,4	516,1	256,4	280,4	266,4	263,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 024,6	3 161,0	3 210,0	3 337,4	1 547,6	1 613,4	1 561,2	1 648,8
Abschreibungen	704,9	793,0	880,3	961,7	386,6	406,5	430,9	449,4
Bruttonationaleinkommen	3 729,5	3 954,0	4 090,3	4 299,1	1 934,2	2 019,9	1 992,0	2 098,2
<i>nachrichtlich:</i>								
Volkseinkommen	2 743,4	2 812,4	2 833,3	2 936,5	1 371,1	1 441,3	1 368,6	1 464,7
Arbeitnehmerentgelt	1 918,0	2 026,8	2 129,1	2 224,4	962,9	1 063,9	1 010,6	1 118,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	825,4	785,6	704,3	712,1	408,2	377,4	358,0	346,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,0	6,5	2,2	5,2	7,9	5,1	0,3	4,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	4,2	5,9	4,5	3,4	5,0	5,7	6,1
Bruttolöhne und -gehälter	3,7	6,0	4,9	4,5	6,7	5,3	4,8	4,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,3	4,5	4,5	4,0	4,9	4,1	4,3	4,6
übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	9,2	-7,7	8,2	13,5	4,4	-13,4	-0,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	23,9	-4,0	-1,4	-2,5	2,7	-9,5	3,9	-6,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,3	4,5	1,6	4,0	7,0	2,2	0,9	2,2
Abschreibungen	6,5	12,5	11,0	9,3	12,3	12,7	11,5	10,6
Bruttonationaleinkommen	6,4	6,0	3,4	5,1	8,0	4,2	3,0	3,9
<i>nachrichtlich:</i>								
Volkseinkommen	6,7	2,5	0,7	3,6	4,2	1,0	-0,2	1,6
Arbeitnehmerentgelt	3,5	5,7	5,0	4,5	6,1	5,3	5,0	5,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	15,0	-4,8	-10,4	1,1	-0,1	-9,5	-12,3	-8,3

6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 595,4	1 672,4	1 736,8	1 811,2	790,8	881,6	825,6	911,1
Nettolöhne und -gehälter	1 062,6	1 129,1	1 176,0	1 224,5	526,9	602,2	547,7	628,4
monetäre Sozialleistungen	676,5	692,4	714,6	747,9	335,9	356,5	353,7	360,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	143,7	149,1	153,9	161,2	71,9	77,2	75,7	78,2
übrige Primäreinkommen ⁴	547,1	597,4	551,5	596,8	328,3	269,0	284,2	267,3
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-111,3	-119,7	-121,5	-109,0	-59,7	-60,0	-60,5	-61,0
Verfügbares Einkommen	2 031,2	2 150,1	2 166,8	2 299,0	1 059,5	1 090,6	1 049,4	1 117,4
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	58,7	59,0	59,3	59,6	28,6	30,3	28,8	30,5
Konsumausgaben	1 773,8	1 974,1	2 087,2	2 177,8	955,5	1 018,6	1 015,6	1 071,7
Sparen	316,0	235,0	138,9	180,8	132,6	102,4	62,6	76,3
Sparquote (%) ⁶	15,1	10,6	6,2	7,7	12,2	9,1	5,8	6,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,3	4,8	3,8	4,3	3,0	6,5	4,4	3,4
Nettolöhne und -gehälter	4,2	6,3	4,2	4,1	6,4	6,1	3,9	4,3
monetäre Sozialleistungen	1,8	2,4	3,2	4,7	-2,5	7,4	5,3	1,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,5	3,8	3,2	4,7	0,1	7,5	5,3	1,3
übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	9,2	-7,7	8,2	13,5	4,4	-13,4	-0,6
Verfügbares Einkommen	2,1	5,9	0,8	6,1	5,1	6,6	-1,0	2,5
Konsumausgaben	3,5	11,3	5,7	4,3	14,2	8,7	6,3	5,2
Sparen	-6,1	-25,6	-40,9	30,2	-33,8	-11,4	-52,8	-25,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024

	2021	2022	2023	2024	2022		2023					
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj				
7 Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷												
a) Mrd EUR												
Einnahmen												
Steuern	877,8	924,9	942,0	971,6	464,4	460,6	472,4	469,5				
Nettosozialbeiträge	633,7	665,0	702,7	733,2	321,4	343,6	340,4	362,4				
Vermögenseinkommen	15,2	14,3	16,6	16,7	7,2	7,1	9,5	7,1				
sonstige Transfers	30,1	26,7	29,8	30,5	11,2	15,6	12,5	17,2				
Vermögentransfers	20,3	20,6	21,7	22,3	8,9	11,7	9,6	12,1				
Verkäufe	134,6	139,8	144,5	151,3	66,2	73,6	67,9	76,6				
sonstige Subventionen	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1				
Insgesamt	1 711,7	1 791,6	1 857,4	1 925,8	879,4	912,2	912,4	945,0				
Ausgaben												
Vorleistungen ⁸	557,6	601,0	605,5	623,6	290,0	310,9	291,7	313,8				
Arbeitnehmerentgelt	294,4	305,3	315,6	327,6	148,2	157,1	152,6	163,0				
Vermögenseinkommen (Zinsen)	20,8	22,8	23,5	24,4	12,7	10,2	13,0	10,5				
Subventionen	111,6	61,1	48,5	44,2	28,6	32,5	21,0	27,5				
monetäre Sozialleistungen	610,9	625,7	647,1	679,6	302,6	323,2	319,9	327,2				
sonstige laufende Transfers	90,4	92,6	96,8	100,7	44,1	48,6	45,3	51,5				
Vermögentransfers	68,1	61,1	52,7	53,9	22,8	38,3	20,8	31,9				
Bruttoinvestitionen	93,4	104,8	114,2	122,3	43,9	60,9	47,0	67,2				
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,2	-1,1	-1,1	-1,1	-0,5	-0,6	-0,5	-0,6				
Insgesamt	1 846,6	1 873,4	1 902,6	1 975,2	892,4	981,1	910,7	991,9				
Finanzierungssaldo	-134,3	-81,8	-45,2	-49,4	-13,0	-68,9	1,7	-46,9				

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen								
Steuern	13,3	5,4	1,8	3,1	11,6	-0,3	1,7	1,9
Nettosozialbeiträge	4,2	4,9	5,7	4,3	5,0	4,9	5,9	5,4
Vermögenseinkommen	-22,2	-5,8	15,8	0,8	-11,0	0,1	30,7	0,6
sonstige Transfers	23,1	-11,1	11,4	2,5	-24,9	2,5	12,1	10,9
Vermögentransfers	31,0	1,4	5,2	3,1	5,4	-1,5	7,7	3,3
Verkäufe	6,0	3,9	3,4	4,7	7,3	1,0	2,6	4,0
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	9,1	4,7	3,7	3,7	7,9	1,8	3,8	3,6
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	8,3	7,8	0,8	3,0	9,0	6,6	0,6	0,9
Arbeitnehmerentgelt	3,6	3,7	3,4	3,8	4,7	2,7	3,0	3,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-3,4	9,8	2,9	4,0	14,5	4,5	2,6	3,2
Subventionen	52,1	-45,2	-20,7	-8,9	-50,1	-40,1	-26,5	-15,5
monetäre Sozialleistungen	1,8	2,4	3,4	5,0	-3,0	8,1	5,7	1,3
sonstige laufende Transfers	9,3	2,9	4,5	4,0	1,9	3,9	2,9	5,9
Vermögentransfers	41,4	-10,2	-13,8	2,3	11,6	-19,6	-8,6	-16,9
Bruttoinvestitionen	0,2	12,2	8,9	7,1	10,2	13,7	7,0	10,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	7,5	1,5	1,6	3,8	0,2	2,7	2,1	1,1
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP: Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-2,1	-1,1	-1,2	-0,7	-3,6	0,1	-2,3

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2022: Prognose des IWH.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: regularguy.eth @moneyphtos,
www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 10. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 08.09.2022
ISSN 2195-8319

Redaktion

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.
Layout und Satz: Franziska Exß
Tel +49 345 7753 720
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de